:antifaschistische nachrichten

Nr. 3

g 3336 5.1.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Bei der Dauerkundgebung vor dem Landgericht München am 20. Januar 2015 Fotos: P.B.

Kandidatur zurückgezogen

MÜNCHEN. Der ÖDP-Politiker Markus Hollemann, bisher Bürgermeister von Denzlingen nahe Freiburg, hat seine Kandidatur für das Amt als Umwelt- und Gesundheitsreferent der Stadt München zurückgezogen. Hollemann war über die Parteigrenzen hinweg von der CSU für das Amt vorgeschlagen worden. Dann stellte sich heraus, daß der Kandidat auf seiner Internetseite den „Lebensschützer"-Verein „Aktion Lebensrecht für alle" unterstützt. Dabei hätte auch die Beratungsstelle für Schwangere in seinen Verantwortungsbereich als Gesundheitsreferent gehört. Hollemann zog daraufhin seine Kandidatur zurück. Er wolle seine Mitgliedschaft bei „Aktion Lebensrecht für alle" nun kündigen und nicht mehr öffentlich für diese Organisation werben

hma ■

Neuer JA-Vorsitzender

BOTTROP. Der 31jährige Philipp Meyer aus Erfurt ist im Januar in Bottrop auf dem Bundesjugendkongress der „Jungen Alternative" (JA), dem Jugendverband der sog. „Alternative für Deutschland" (AfD), zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt worden. In einem Interview mit der aus dem Umfeld von Pennälerschaften gegründeten Zeitschrift „Blaue Narzisse" spricht Meyer sich dafür aus, die PEGIDA-Proteste zum Anlass zu nehmen, um „endlich eine vernünftige Zuwanderungspolitik auf den Weg zu bringen". „Junge Patrioten" der „Patriotischen Plattform" in der AfD bedauerten hingegen in einer Erklärung, dass ihr

Die Keupstraße in München

Als sich am späten Montagabend, dem 19.1.2015 drei Busse Ecke Keupstraße/Schanzenstraße von Köln aus in Richtung München in Bewegung setzten, wurden nach alter türkischer Sitte ein Eimer Wasser hinter ihnen her geschüttet mit dem Wunsch, dass die Reise so gut verlaufe, wie das Wasser fließt.

Zuvor war eine türkische Musikgruppe spielend die Keupstraße rauf und runtergelaufen, um die Leute zur Verabschiedung der Busse zusammenzurufen. Der Musiklehrer einer Mülheimer Hauptschule hatte drei Bandkollegen zusammengetrommelt und sie spielten und sangen zum Abschied der über 150 Abreisenden – darunter 30 Schülerinnen und Schüler des benachbarten Gymnasiums.

So begann mit einem kleinen Volksfest, was sich nach 8-stündiger Fahrt vor dem OLG-München mit einer 11-stündigen Dauerkundgebung fortsetzte: die Begleitung der 22 NebenklägerInnen und weiterer ZeugInnen des Bombenanschlags in der Keupstraße zum NSU-Prozess nach München.

Der Tag im Gericht begann dann auch mit einem lange fälligen Eklat: Als der Zeuge Melih K ausführte, dass man kein Ermittler sein müsse, um herauszufinden, dass die Bombe unmöglich aus der Keupstraße stammen konnte, klatschten die Zuschauer Beifall und wurden vom Richter abgemahnt, sie hätten nur zuzuhören.

Aber je mehr man von den Berichten der ZeugenInnen und NebenklägerInnen hörte, umso mehr hätte man schreien können:

- Da war zum einen die brutale Wucht der Bombe: Türen flogen aus der Verankerung, die 10cm langen Zimmermannsnägel steckten in Autoblechen, noch in 5m Höhe in Hauswänden, flogen 150m weit, über die Häuser bis in die dahinter liegenden Gärten. Die Konstruktion der Bombe geschah in klarer Absicht, eine möglichst große Zahl von Menschen zu ermorden.

Dass 22 Menschen zum Teil schwer verletzt, aber niemand getötet wurde, grenzt – angesichts der Sprengkraft der Bombe – an ein Wunder.

- Die Verletzten wurden in die umliegenden Krankenhäuser gefahren und dort wurden ihre Wunden versorgt. Als sie in die Straße zurückkehrten, berichteten zahlreiche Verletzte, dass sie sofort von der Polizei aufgegriffen und zum Verhör ins naheliegende Präsidium gefahren wurden. Der Ausdruck Verhör ist richtig, denn viele Befragten berichteten von ihrem Eindruck, dass sie eher als Verdächtige, denn als Zeugen befragt wurden. Auch vermuteten die Ermittler sofort Keupstraßen-interne Auseinandersetzungen: Sie fragten nach Konflikten in der Türsteherszene, nach Drogenhandel und der PKK. Manche, die um 16 Uhr verletzt wurden, frisch behandelt und traumatisiert waren, noch schwere Hörschäden von dem Knall aufwiesen, wurden bis in die Nacht verhört und konnten erst dann ihre Angehörigen benachrichtigen, dass

Fortsetzung Seite 3

Kandidat, Markus Frohnmaier, Meyer mit 93 zu 105 Stimmen knapp unterlag. Man begrüßte hingegen, dass in Bottrop mit „sehr großer Zustimmung ein Programmatikantrag beschlossen wurde, der das Erlangen eines positiven Bildes von Patriotismus fördern will“, heißt es in der Erklärung der „Jungen Patrioten“

hma ■

„HoGeSa“ ohne Kraul

Andreas Kraul, einer der Organisatoren der „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa), hat den Zusammenschluss Ende Januar verlassen. Auf Facebook erklärte Kraul u.a., er „habe keine Lust mehr darauf für Dinge gerade zu stehen, die sich weitgehend meiner Kenntnis entziehen“. Der Anfang sei gemacht, so Kraul und ruft seine bisherigen Mitstreiter dazu auf: „Unterstützt alles und jeden wo ihr euch hingezogen fühlt und lasst euch nicht manipulieren“ *hma* ■

Distanzierung von PEGIDA

Dresden. Der Vorstand der „Patriotischen Plattform“ in der AfD hat den ehemaligen Unterstützer der PEGIDA-Aktionen, Achim Exner, kritisiert. Exner hatte den Rückzug mehrerer PEGIDA-Mitglieder aus dem Organisationsteam wie folgt kommentiert: „Bislang hat sich PEGIDA auf die bürgerliche Mitte konzentriert, derzeit gibt es jedoch eine Tendenz zum rechten Rand, die wir nicht mittragen können“. Die „Patriotische Plattform“ begrüßt hingegen den „in Dresden vollzogenen Schulterschluß zwischen Legida und PEGIDA“ und hofft nun, „Götz Kubitschek oder Jürgen Elsässer auch einmal in Dresden hören zu können“. Exner, der dem „Konservativen Aufbruch“ in der AfD angehört, wäre wohl besser in der CDU aufgehoben, meint die „Patriotische Plattform“

hma ■

Da BRAGIDA wiederkommt protestieren wir erneut

Braunschweig. Es war überwältigend, wie viele Menschen am 19. Januar zusammengekommen sind und mit uns gegen Rassismus und Islamfeindlichkeit auf die Straße gegangen sind! Ob es nun 5000 oder doch 10 000 waren: es war auf alle Fälle ein tolles Zeichen für diese Stadt. Vielen Dank an Alle, die da waren und uns unterstützt haben!

Nach dem Erfolg von gestern können wir uns leider nicht beruhigt zurücklehnen. Für den nächsten Montag (26.01.) hat BRAGIDA bereits eine weitere Versammlung mit „Spaziergang“ am gleichen Ort und mit der gleichen Route angemeldet. Das Bündnis gegen Rechts hat deshalb für den kommenden Montag ebenfalls eine Kundgebung angemeldet

Quelle: www.buendnisgegenrechts.net 20.01.2015 ■

Neonazis und Hooligans an der Spitze der „Hagida“-Demo

Foto: E.B.

Hannover. Gegen den erneuten Aufmarsch der „Hagida“-Demonstration protestierten am 26. Januar über 2000 Gegnerinnen und Gegner. Nach einem Friedensgebet in der Marktkirche und einer Kundgebung, auf der Vertreter von Gewerkschaften, Diakonisches Werk und Humanistischer Union sich gegen die Ausgrenzung von Flüchtlingen wandten, forderte die Vertreterin von ver.di die Anwesenden auf, auch den Widerstand am Kundgebungsort der „Hagida“ in der Innenstadt durch Anwesenheit zu unterstützen. Diesem Aufruf folgten viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Bei der ersten „Hagida“-Demonstration wurde diese so energisch blockiert, dass die Polizei den Aufmarsch nicht durchsetzen konnte und die Demonstration abbrach. Dieses Mal ermöglichte die Polizei durch entsprechende Maßnahmen, dass die Demonstration stattfinden konnte.

Bereits vor Eintreffen der „Hagida“-Demonstranten hatten sich am Opernplatz, mitten in der Innenstadt, viele versammelt, um „Hagida“ zu behindern.

Zu Beginn der rechten Demonstration waren erst 30 anwesend, dies änderte sich im Laufe der Zeit, so dass 250 auf dem anschließenden Demonstrationszug mitmarschierten. Unter ihnen 60 Neonazis und Hooligans, die sich am Hauptbahnhof versammelt hatten und geschlossen von der Polizei zum Kundgebungsplatz begleitet wurden. Sie setzten sich zu Beginn der Demonstration an die Spitze der Demonstration und grölten Parolen wie „Hier marschiert der nationale Widerstand“, „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“.

Im Netz distanzierten sich die Organisatoren von den Nazis und Hooligans und kündigten an, beim nächsten Mal schärfer und mit Ordnungskräften durchzugreifen, aber die Kundgebung und Demonstration wurde trotzdem durchgeführt. Nicht erstaunlich, denn der Anmelder der Demonstration, der nicht anwesend war, war der gleiche, wie bei der letzten Demonstration, Olaf Scholz, der nach Berichterstattung der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ bei der „Identitären Bewegung“ organisiert ist. Wie bei der letzten Demonstration am 19.01. nahmen Mitglieder bzw. Sympathisanten der rechten Gruppierung „Die Hannoveraner“, die im Rat der Stadt Hannover vertreten sind, der AfD, beide als Kundgebungssprecher, der rechtsradikalen German Defence League, und auch ganz vorn dabei, Mitglieder der verbotenen Organisation „Besseres Hannover“ teil.

Pferdestaffeln und Polizeifahrzeuge sicherten die Abschlusskundgebung so, dass die Demonstranten kaum sichtbar waren. Ihre „Wir sind das Volk“-Parolen waren kaum zu verstehen, ihre Kundgebungsbeiträge schon gar nicht. Denn die anwesenden 2000 Gegnerinnen und Gegner äußerten bei strömenden Regen entsprechend lautstark ihren Protest.

Die nächste Demonstration von „Hagida“ soll nicht wie sonst üblich am Montag stattfinden, sondern am Freitag, den 06.02. Begründung: „Hagida“ wolle in Ruhe demonstrieren, und die Gegner ihrer Demonstration hätten ja immer für montags Kundgebungen angemeldet. Das mit der Ruhe wird ihnen natürlich nicht gelingen, weil die Gegendemonstranten schon für Freitag mobilisieren.

bee ■

man sie abholen konnte. Das war brutal und quälend.

● Diese Behandlung setzte sich sieben Jahre fort. Sieben Jahre wirkte Schilys am nächsten Morgen vorgenommene rassistisch motivierte Äußerung, in der er die Keupstraße als ein kriminelles Milieu bezeichnete und die dort lebenden Menschen der Tat verdächtigte. Einen terroristischen Anschlag schloss er schon nach 18 Stunden definitiv aus. Dasselbe Muster wie bei allen NSU-Morden vor und nach 2004. So haben die ZeugInnen berichtet, wie sie die Jahre unter den Verleumdungen gelitten haben. Wie ihre Geschäfte zurückgingen, weil niemand etwas mit dem „kriminellen Milieu" zu tun haben wollte, wie sie darunter psychisch gelitten haben.

Für jede und jeden im Saal konnte es keine lebendigere Darstellung davon geben, was vom 9.6.2004, dem Tag des Anschlags, bis zum 4.11.2011, dem Tag der Selbstentlarvung des NSU, in diesem Land an rassistischen Verfehlungen passiert ist.

Und vor dem Gericht?

Schon ab 6:30 Uhr war die Sandstraße vor dem Gericht für den Verkehr gesperrt. Diejenigen, die die Nacht durch gefahren waren, wurden mit einem Frühstück empfangen. Lautsprecherwagen, Bühne, Videoleinwand und Transparentwände wurden aufgebaut. Immer mehr Leute, nicht nur aus München und Köln, sondern aus allen Orten, in denen der NSU gemordet hatte und von Soligruppen aus zahlreichen anderen Städten trafen ein.

Den Tag über gab es Reden, Filme, Performances und Musikeinlagen ohne Ende. Bis abends wurden es über 1500 Menschen, die gemeinsam mit NebenklägerInnen und Angehörigen zum Abschluss zwei Stunden durch die Stadt demonstrierten.

Zwei Busse fuhren noch am Abend nach einem Imbiss im Theater Werkmünchen zurück nach Köln. Die 50 aus dem 3. Bus übernachteten und fuhren erst am nächsten Tag nach dem Prozess zurück. Allein aus Köln wurden über 100 Leuten ein Schlafplatz von den Münchner Freundinnen und Freunden zur Verfügung gestellt. Sie haben mit der Organisation der Kundgebungen an allen Tagen und mit der Betreuung und Versorgung der Angereisten Großartiges geleistet. Danke an alle!

Wir denken, dass die Vorbereitung des „Tag X" und der weiteren 6 Prozesstage, an denen es um den Anschlag in der Keupstraße ging, und die hohe Präsenz in und vor dem Gericht gut dazu beigetragen haben, dass es in der Presse zahlreiche Interviews mit den NebenklägerInnen und Prozessberichte gab, die das Geschehen sehr eng verbunden mit den Erfahrungen der Betroffenen wiedergegeben haben und dass die rassistisch geprägten Ermittlungen so klar in den Fokus der Öffentlichkeit gerieten.

Nun bereiten wir uns auf eine entsprechende Präsenz zum jetzt beginnenden Untersuchungsausschuss in NRW vor. Und je nach dem weiteren Prozessverlauf wird vielleicht noch einmal ein größerer Auftritt notwendig sein. Sicher gibt es eine Reihe gemeinsamer Aktivitäten zum Abschluss des Verfahrens. *pb*

Aus der Rede der Initiative „Keupstraße ist überall" zum Auftakt der Demonstration

„Wir lassen keinen allein"

Ich bin Arif S. und auch ein Opfer des Anschlags in der Keupstraße. Meine Aussage vor Gericht ist erst in der kommenden Woche, aber ich bin heute schon hier, um mit der Initiative „Keupstraße ist überall" alle die zu unterstützen, die ebenso wie ich große Ungerechtigkeit erfahren haben.

Wir sind alle von Staat und Polizei falsch behandelt und diskriminiert worden. Wir sind sieben Jahre lang verdächtigt worden, selbst für die Bombe verantwortlich zu sein. Ich habe mein Vertrauen in diesen Staat verloren.

Diese Initiative „Keupstraße ist überall", in der wir uns alle ehrenamtlich engagieren, setzt sich dafür ein, dass wir zu unserem Recht kommen, dass die Probleme der Opfer erkannt werden, dass ihnen geholfen wird, dass die Öffentlichkeit aufgeklärt wird. Wir fordern, dass endlich die Rolle des Staates im NSU-Komplex beleuchtet wird!

Ich bin, seit die Initiative 2013 gegründet wurde, dabei, habe an den Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen teilgenommen. Hier hat meine Geschichte zum ersten Mal Gehör gefunden und wurde aufgeschrieben.

Unser gemeinsames Ziel hier in München ist es, unsere Stimme zu erheben, klarzumachen, dass wir zusammen stehen gegen rassistische Hetze und Rechtsextremismus.

Wir wollen denen, die hier ab heute aussagen müssen, unsere Unterstützung geben. Wir lassen keinen allein. Sowohl in Köln als auch hier vor Ort sind wir eine Gemeinschaft in Solidarität und gegenseitiger Hilfe. Lasst uns alle zusammen hier Stärke zeigen, wir müssen gemeinsam gegen rechten Terror einstehen.

Die Neonazis sind auch hier, aber unsere Stimme wird stärker sein als ihre.

Verteidigung Zschäpe will Nebenklägervertreter rausschießen ...

... und damit von der Beweisaufnahme zum „asservierten Geständnis“ Zschäpes ablenken.

Die Beweisaufnahme am heutigen Tag war überschattet von Auseinandersetzungen über die Nebenklageberechtigung einzelner Betroffener des Bombenanschlages in der Keupstraße. Seinen Anfang genommen hatte dies bereits gestern, als deutlich geworden war, dass einzelne Nebenklägervertreter sehr aggressiv Mandate bei KeupstraßenbewohnerInnen angeworben hatten und teilweise wohl ohne klare Absprache und mit unklarer Behauptung von Verletzungen Anträge auf Zulassung der Nebenklage gestellt hatten. Die Verteidigung Zschäpe sah dies offensichtlich als Chance, nicht nur von der ihre Mandantin dramatisch belastenden Beweisaufnahme abzulenken, sondern auch unliebsame Nebenklägervertreter anzugreifen.

Am Nachmittag saß der Therapeut einer Nebenklägerin, die vergangene Woche schon selbst befragt worden war, im Zeugenstand. Die Zschäpe-Verteidigung startete zunächst eine intensive Befragung und wollte von dem Zeugen hören, dass die Nebenklägerin keine psychischen Folgen des Bombenanschlags erlitten habe, sondern dass ihre eindeutig vorhanden Panikattacken von Ereignissen aus ihrer Kindheit herrührten. Der Therapeut bestätigte dies nicht – die Erlebnisse aus der Kindheit haben zu einer Depression geführt, diese hat aber völlig andere Symptome bewirkt als die Panikattacken. Die Zeugin habe ihm berichtet, dass diese in der Zeit nach dem Bombenanschlag aufgetreten seien und sich über einen langen Zeitraum verstärkt hätten. 2011 sei während eines Kinofilms, der eine Kriegsszene enthielt, eine extreme Panikattacke entstanden. Der Notarzt habe kommen müssen. Auf dem Weg zum Krankenhaus habe der Notarztwagen anhalten müssen, damit sie medizinisch behandelt werden konnte. Erst danach konnte der Transport ins Krankenhaus fortgesetzt werden. Er gehe davon aus, dass die Erlebnisse bei dem Bombenanschlag in diesem Moment diese Panik ausgelöst habe. Heute würde er überlegen, seine Diagnose in „posttraumatisches Belastungssyndrom“ zu ändern, und dies in Zusammenhang mit dem Anschlag sehen.

Nach Abschluss der Vernehmung gab der Rechtsanwalt der Nebenklägerin, Rechtsanwalt Hoffmann, einer der beiden Autoren dieses Blogs, eine Prozesserklärung ab, in der er darauf aufmerksam machte, dass das Verhalten der Verteidigung, die Befragung in dieser intensiven Form auszudehnen und damit der Nebenklägerin eine falsche Darstellung ihrer Erkrankung zu unterstellen, unangemessen ist. Verteidiger Heer kündigte daraufhin an, die Verteidigung Zschäpe wolle in der kommenden Woche den Antrag stellen, die Zulassung ihrer Nebenklage sowie der zweier weiterer NebenklägerInnen zu widerrufen.

Ein solcher Antrag ist rechtlich zum Scheitern verursacht. Ein solcher Widerruf könnte hier nur erfolgen, wenn im Zulassungsantrag falsche Angaben gemacht wurden. Die hier betroffene Zeugin wurde durch den Bombenanschlag in der Keupstraße nicht unmittelbar körperlich verletzt und hat dies auch nie behauptet. …

Mit anderen Worten: diese Menschen sind NebenklägerInnen nicht, weil sie tatsächlich durch die Bombe verletzt worden wären. Sie sind NebenklägerInnen, weil die Bombe auch ihnen galt, weil die NSU-Mörder alle Menschen im Umkreis um die Bombe, eben auch diese NebenklägerInnen, töten wollten. Diese Opfer eines versuchten Mordes jetzt gegen die „echten“ Opfer auszuspielen, weil sie entgegen dem Plan der Mörder nicht verletzt wurden, ist nicht nur zynisch. Es ist vor allem – nach den Ermittlungen der Polizei und den Verdächtigungen der Presse gegen die BewohnerInnen der Keupstraße bis zur Selbstenttarnung des NSU 2011 – ein weiterer Versuch, die Menschen in der Keupstraße zu spalten und einzelne von ihnen von Opfern zu TäterInnen (in diesem Fall vermeintlicher falscher Angaben gegenüber dem Gericht) zu machen.

Besonders ärgerlich an dieser (Schein-) Auseinandersetzung ist, dass hierdurch wichtige Beweisaufnahmen vom heutigen Tag nur wenig Beachtung fanden. Dabei hatte es die Beweisaufnahme heute in sich:

Zunächst schilderten zwei AnwohnerInnen eines gegenüber des Bombenablegeortes gelegenen Hauses ihr Erleben. Ein Mann war gerade mit seinem Auto in die Hofeinfahrt gefahren, als die Bombe explodierte. Das gesamte Autodach wurde durch die Wucht der Explosion gesenkt, im zweiten Stock der Hausfassade steckten Nägel. Seine Schwiegermutter, wie er im Übrigen „urdeutsch“, hatte die gleichen Schwierigkeiten wie die bisherigen ZeugInnen, die bei ihr ausgelösten Ängste in einer Art und Weise darzustellen, die den Vorsitzenden Richter zufriedenstellt.. Sie wache nachts auf, wenn eine Autotür knalle, und fühle sich erinnert, sie schlafe allgemein schlecht. Allein ihre Angabe, sie habe nach dem Bombenanschlag innerhalb von 6-12 Monaten 15 kg Gewicht verloren, erregte eine gewisse Aufmerksamkeit. Es wurde deutlich, dass auch für diese Frau, 11 Jahre nach der Tat, die Bombe immer noch Teile ihres Lebens bestimmt.

Die wichtigste Zeugin heute war eine Polizeibeamtin, die eine im Brandschutt der Frühlingsstraße gefundene DVD ausgewertet hatte. Vermutlich werden noch weitere Sachbearbeiter zu dieser DVD aussagen müssen. Auf der DVD befanden sich zwei Ordner mit den Namen „Killer“ und „für die aktions-dvd“. Im Ordner „Killer befanden sich unter anderem Adressen- und Namenslisten, offensichtlich von möglichen Anschlagszielen. Darunter waren etliche Kölner Einrichtungen, unter anderem zwei in der Keupstraße, eines davon eine Kindertagesstätte. Daneben fanden sich Flüchtlingsheime, Waffengeschäfte, aber auch die Adresse eines Siegener Staatsanwalts. Weiter fanden sich drei Entwürfe von Mitglieds- und Personalausweisen zweier Tennisclubs und eines Hotels in Nürnberg, Burgdorf und Frankfurt, jeweils mit einem Lichtbild von Zschäpe und dem Namen Mandy Struck.

Darüber hinaus fanden sich „Wettverträge“ zwischen Zschäpe und Böhnhardt über geplante Gewichtsabnahmen. Als Wetteinsatz war unter anderem „200 mal Videoclips schneiden“ eingetragen. Da auf den gesamten Computern keine anderen Videos, die solche Mengen an Schnitten erfordern würden, aufgefunden wurden, kann klar geschlossen werden, worum es dabei ging: Wetteinsatz war die Bearbeitung des NSU-Bekennervideos. Zschäpe hat dieses also offensichtlich mitgestaltet, ein wichtiges Indiz für ihre mittäterschaftliche Rolle in der Gruppe. Mundlos tritt auf diesen Wettvereinbarungen mit dem Namen „Killer“ auf, Zschäpe als „Liese“ und Böhnhardt als „Cleaner“. Das könnte einen Hinweis auf die Arbeitsteilung bei den Morden geben, bei denen Mundlos die gezielten Todesschüsse abgab, während Böhnhardt „zur Sicherheit“ schoss, um sicher zu gehen, und Spuren verhinderte, bspw. Patronenhülsen einsammelte. Die DVD macht deutlich, dass auch Zschäpe als vollwertiges Mitglied der Gruppe in die grundlegenden Arbeiten, wie die Erstellung der Bekenner-DVD, eingeweiht war, und die drei untereinander sogar mit der Mordbegehung ihre „Späße“ trieben. Was die Beweiskraft dieser DVD angeht, könnte man mit einem der Nebenklägervertreter von einem „asservierten Geständnis“ Zschäpes sprechen.

Alexander Hoffmann, Rechtsanwalt
http://anwalthoffmann.de/
http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2015/01/29/29-01-2015/ ■

„Für eine neue Entspannungspolitik“

Mit der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee begann die letzte Etappe der Befreiung Europas von Faschismus und Krieg, die am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands endete.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg – das sollte die Lehre aus 12 Jahren Terrorherrschaft, Holocaust und Vernichtungskrieg sein.

70 Jahre danach erleben wir z. B. mit „PEGIDA“ Massenveranstaltungen, die von der weiten Verbreitung zeugen, die Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit heute wieder gefunden haben.

70 Jahre danach spricht der Bundespräsident, der sich wieder „mehr militärische Verantwortung“ wünscht, zum Jahrestag der Auschwitz-Befreiung ohne den Krieg zu erwähnen, der Grundlage des Holocaust war. Jeder Tag, an dem die Front im Osten hielt, war ein Todestag für Tausende.

Deshalb wenden sich überlebende Verfolgte des Naziregimes und Aktivisten der Friedensbewegung mit einem Aufruf an die demokratische Öffentlichkeit, am 8. und 9. Mai 2015 mit vielfältigen sichtbaren Aktivitäten deutlich zu machen, auch heute gilt es der Losung „Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg“ Gehör zu verschaffen.

Die Unterzeichner_innen des folgenden Aufrufs sind:

Ludwig Baumann, Rolf Becker, Esther Bejarano, Volker Bethge, Henny Dreyfuss, Prof. Dr. Heinrich Fink, Silvia Gingold, Lühr Henken, Willi Hoffmeister, Liesl Jäger, Jutta Kausch, Patrik Köbele, Bernd Meimberg, Willi van Ooyen, Günter Pappenheim, Peggy Parnass, Karl-Heinz Peil, Sally Perel, Tobias Pflüger, Anne Rieger, Ulrich Sander, Monty Schädel, Horst Schmitthenner, Gerd Schramm, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Friedo Seydewitz, Frank Skischus, Justin Sonder, Eckart Spoo, Dr. Peter Strutynski, Horst Trapp, Bernhard Trautvetter, Peter Christian Walther, Konstantin Wecker, Marianne Wilke, Steffi Wittenberg, Kutlu Yurtseven

Der Text des Aufrufes:

„70 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg:

Für eine neue Entspannungspolitik, nein zur Vorbereitung auf den Krieg!

Am 8. Mai 1945 wurde ganz Europa von dem Verbrechersystem des deutschen Faschismus und seinem Krieg befreit. Mehr als 55 Millionen Menschen waren zuvor Nazi-Terror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer gefallen. Millionen Menschen auf der ganzen Welt bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid.

Anstifter und Nutznießer des Raub- und Vernichtungskrieges waren deutsche Banken und Konzerne, allen voran der Chemie- und Rüstungsindustrie. Die deutsche Wirtschaft profitierte von der „Arisierung“ und der Ausbeutung von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern ebenso wie von der Ausplünderung der besetzten Länder. Unvorstellbar, welch weitere Opfer es gekostet hätte, wäre der Faschismus nicht besiegt und zerschlagen worden.

Deshalb verdanken wir als heute Lebende die Grundlagen eines Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt den Siegern des 8. Mai. Die alliierten Streitkräfte, unter denen die Rote Armee mit Abstand die größte Last des Krieges in Europa zu tragen hatte, sind auch unsere Befreier.

Ihre Rolle und die des Widerstands in Deutschland und den von der Wehrmacht besetzten Ländern zu würdigen und die geschichtliche Wahrheit über Ursachen und Folgen des Faschismus zu bekräftigen, ist bis heute eine unerlässliche Pflicht. Angesichts der deutschen Verantwortung für die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts muss die historische Konsequenz, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, verteidigt und an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden.

Trotz schwieriger politischer Konstellationen folgte dem Sieg über den Faschismus in Europa eine lange Friedensperiode. Der Drang der Völker, nach zwei mörderischen Kriegen dauerhaft friedliche Beziehungen aufzubauen und demokratische Verhältnisse zu errichten, trug Früchte. Diese Periode endete mit dem Jugoslawien-Krieg, an dem sich auch Deutschland wieder beteiligte. Dieser Wiedereintritt Deutschlands in die Reihe der Krieg führenden Länder war ein eklatanter Bruch mit den Lehren der jüngeren deutschen Geschichte. Heute sind deutsche Waffen – und oft auch deutsches Militär – wieder an den meisten Kriegen in der Welt beteiligt. Die Bereitschaft, „deutsche Interessenì mit militärischen Mitteln durchzusetzen, wurde gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung erneut zur politischen Praxis der Regierenden.

Mit großer Sorge sehen wir, dass die gegenwärtige Krise um die Ukraine Europa an den Rand eines neuen Krieges treibt. An dieser gefährlichen Entwicklung tragen die deutsche Regierung, die EU und die NATO erhebliche Mitschuld. Entgegen den Festlegungen des 2-plus-4-Vertrages haben sich NATO und EU Schritt für Schritt an die heutigen Grenzen Russlands heran erweitert. Mit der Einbeziehung der Ukraine in EU und NATO-Strategien wurde eine explosive Situation geschaffen. Nicht als Vermittler, sondern als Konfliktpartei, behandeln NATO und EU Russland heute als neuen alten Feind, dem sie mit Propaganda, Drohgebärden und Sanktionen gegenübertreten.

Wir fordern die sofortige Beendigung dieser gefährlichen Politik. Im 70. Jahr der Befreiung vom Faschismus steht die Bundesregierung in der historischen Verantwortung, eine neue Entspannungspolitik mit Russland auf den Weg zu bringen, in der die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten Berücksichtigung finden.

An den 8. Mai 1945 zu erinnern, heißt heute mehr denn je, den Frieden in Europa zu sichern. Eine starke Friedensbewegung muss Druck machen für Verständigung und Abrüstung statt Hetze und Rüstungsexport.

Wir werden als Antifaschist/innen und Aktive aus der Friedensbewegung diese Lehre aus der Geschichte mit vielfältigen Veranstaltungen, die am und um den 8. Mai in der ganzen Republik stattfinden werden, in die Öffentlichkeit bringen. Und wir rufen alle Demokratinnen und Demokraten, insbesondere die jungen Menschen auf: Erinnert mit einer Vielzahl von regionalen und örtlichen Veranstaltungen das ganze Jahr über an die Befreier und an die großen Hoffnungen der Befreiten.

Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!“

http://www.vvn-bda.de/70-jahre-nach-der-befreiung-von-faschismus-und-krieg-fuer-eine-neue-entspannungspolitik-nein-zur-vorbereitung-auf-den-krieg/

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V.
Bundesvereinigung
www.vvn-bda.de

„Wir sind jung. Wir sind stark.“

Der erste Spielfilm über die tagelange rassistische, antiziganistische Gewalt in Rostock-Lichtenhagen vor 23 Jahren kommt jetzt ins Kino.

„Ich war noch sehr klein, als die Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen stattfanden“, so der 1980 in Erkelenz im Rheinland geborene Regisseur Burhan Qurbani: „Ich kann mich erinnern, dass ich mich plötzlich sehr fremd gefühlt habe“. Qurbanis Eltern sind aus Afghanistan eingewandert, er selbst habe sich nach der pogromartigen Gewalt von Lichtenhagen als Ausländer gesehen.

Fünf Tage lang versammelte sich im August 1992 die deutsche Nachbarschaft vor der neben dem Sonnenblumenhaus gelegenen Haus. Die Hochhaussiedlung in Ostseenähe war zu DDR-Zeiten beliebt, hier zogen Ingenieure, Lehrer, Werftarbeiter gerne mit ihren Familien ein. Ein Querschnitt der Bevölkerung kam hier an den lauen Sommerabenden zusammen, um gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber, ZAst, zu protestieren. Die ZAst war für das ganze Bundesland Mecklenburg-Vorpommern gedacht, hatte aber nur 150 Plätze und war permanent überbelegt. Anstatt für eine menschenwürdige Unterbringung der zum Teil vor dem Gebäude notdürftig kampierenden Flüchtlinge einzusetzen, wurden die Asylsuchenden beschimpft. Vor laufenden Fernsehkameras wurde den Aggressionen gegen „Zigeuner“ freien Lauf gelassen. Der offen artikulierte Rassismus der Nachbarschaft derart aggressiv, dass sich kaum abweichende Meinungen fanden. Seit dem 20. August fand man sich abendlich vor der ZAst zusammen. Nazikader aus Westdeutschland reisten an und machten Erinnerungsfotos. Direkt neben der ZAst lag seit DDR-Zeiten das Wohnheim für „ausländische Arbeiter“ aus Vietnam, die dort noch in ihren Wohnungen lebten.

Burhan Qurbanis Film „Wir sind jung. Wir sind stark.“ zeigt die Ereignisse an einem Tag, dem 24. August, dem Höhepunkt der pogromartigen Gewalt aus verschiedenen Perspektiven. Da ist Lien, eine vietnamesische ehemalige Vertragsarbeiterin, die in einer Großwäscherei Geld verdient. Mit ihrem Bruder Thao und dessen hochschwangerer Frau Minh streitet sie darüber, ob es besser ist, nach Vietnam zurückzukehren oder im veränderten Deutschland zu bleiben. Da ist der Lokalpolitiker Martin, der keine Gewalt will und überfordert zwischen Rathaus, Eigenheim und Plattenbauten hin und her fährt. Gut gespielt von Devid Striesow, dem das Hindurch lavieren, Getriebensein im Gesicht geschrieben steht, der Sicherheit vor allem auf seinem Ruder-Hometrainer findet. Ihm entgleitet sein Sohn Stefan, der mit seiner Clique junger Neonazis vorne dabei ist, gegen die „Zigeuner“, gegen die „Fidschis“.

Hauptprotagonisten aber sind die Jungs aus der Naziclique. Mit Stefan, Robbie, Sandro, Tabor und den anderen aus der Clique, beginnt und endet der Film. Zwei Mädchen sind auch dabei, aber Jennie und Ramona laufen mehr oder weniger nur mit als Freundinnen. Zwischen den 12-stöckigen langgezogenen Plattenbauten mit einem Aufgang neben dem anderen sind ein paar Garagen zu sehen, Wiese, Wege, Straßen. Die Clique trifft sich in einem alten Barkas 3000, eine Kiste Bier, Oi-Musik mit Nazitexten, ein paar rechte und dumme Sprüche, fertig ist die Freizeitgestaltung. Ben fühlt sich dort unwohl in seiner Bomberjacke, er würde lieber wieder auf der Werft arbeiten, wie früher. Wenig später ist der tot, aus der Wohnung im 8. Stock gesprungen. Robbie ist so verroht, dass er den Abschiedsbrief von Ben an seinen Vater zerreißt, sich über dessen Verzweiflung lustig macht. Stefan war mit Ben befreundet, steht stumm daneben, Robbie drängt ihm die Bomberjacke des toten Freundes auf: Nimm sie oder schmeiße sie weg. Der ältere Bruder von Robbie sieht die Jacke an Stefan, umarmt ihn, erklärt dumpf wichtigtuerisch: Du trägst jetzt die Jacke eines Märtyrers, der gestorben ist, weil der Staat alles Geld den Ausländern gibt anstatt den Deutschen. Die Clique wird nahezu gruppendynamisch dargestellt, wer Schwäche zeigt wird runtergemacht, Gehorsam ist gefragt.

Als Riots von rechts inszeniert der Regisseur, wie sich die Clique ausagiert: eine Polizeistreife wird provoziert, Eltern schockiert, vor linken Punx mit Hitlergruß Stärke markiert. Der Höhepunkt aber ist die abendliche Gewalt gegen die BewohnerInnen der ZAst und des Sonnenblumenhauses. Langsam füllt sich ab den Nachmittagsstunden die Wiese davor, viele der Älteren bringen sich Campingstühle und Bier mit. Auf den Garagen bauen sich mehrere Fernsehteams für die Liveberichterstattung auf. Die Naziclique kommt vom Badenachmittag am nahe gelegenen Ostseestrand zurück, wird sogleich interviewt. Der bis dahin zwecks Unterstreichung der Tristesse in schwarzweiß gedrehte Film wird jetzt plötzlich farbig. Das Interview wirkt harmlos, die Jugendlichen erzählen von ihren Träumen, bringen coole Sprüche, sind zwar aggressiv und roh, aber nur zaghaft rassistisch. Vor allem sind sie: aufgeregt. Der Menschenmenge gegenüber stehen vor der ZAST und dem Sonnenblumenhaus Polizeiketten. Rufe sind zu hören: Haut ab, haut ab!

Der Lokalpolitiker Martin mischt sich ohne Anzug im Parka unter die Menge, sucht seinen Sohn. Als er sieht, wie Steine auf die Polizisten und die beiden Häuser geworfen werden, ruft er „Wir sind das Volk“ und „Keine Gewalt!“ Bei den Umstehenden stößt er damit zwar auf wenig Resonanz, bekommt aber auch keinen Ärger.

Lien, Thao und Minh beobachten von oben die zunehmende Brutalität des Angriffes, flüchten auf den Dachboden des Hauses. Die ZAst ist zu diesem Zeitpunkt geräumt, am Nachmittag sind die Flüchtlinge auf andere Unterkünfte verteilt worden.

Die konfus agierende Polizei zieht sich am späten Abend zurück, die Häuser bleiben schutzlos. Jetzt werden nicht nur Steine geworfen. Robbie drückt Stefan einen der von der Gruppe vorbereiten Molotow-Cocktails in die Hand, steckt den Zündlappen an. Nun muss Stefan werfen. Mutprobe. Flammen schlagen aus einem Fenster im Erdgeschoss. Eigentlich ist Robbie auf Stefan sauer, weil er jetzt mit seiner Exfreundin Jennie zusammen ist. Und sie sind doch Freunde. Gemeinsam dringen sie in eine Wohnung ein, zünden unter dem Gejohle der Menschenmenge Gardinen an, fangen an alles kaputt zu schmeißen, was sie in der Wohnung finden. Es sind – surprise, surprise – die Sachen von Lien, Thao und Minh. Stefan lehnt sich aus dem Balkonfenster, macht den Hitlergruß, ihm wird applaudiert. Sein Vater sieht ihn von unten, machtlos. Während die Nazijungs nach dem Zerstörungsrausch das Haus verlassen, müssen die VietnamesInnen vor Rauch und Flammen weiter fliehen, sie retten sich in das Nachbarhaus. Aber niemand öffnet ihnen trotz ihrer panischen Angst die Wohnungstüren. Endlich – die Arbeitskollegin von Lien lässt sie rein.

Trotz der sehr symbolischen Überraschung am Ende des Filmes: Die Geschichte ist nicht nur streckenweise hölzern erzählt, der Film ist auch verharmlosend. Die realen Ereignisse an diesem brutalen Montag, dem 24. August 1992 in der Mecklenburger Straße in Rostock-

Lichtenhagen werden abgehakt, aber zum Großteil nur in abgeschwächter Form inszeniert. Vor allem der volksgemeinschaftliche, eliminatorische Rassismus. Als die vor allem aus Rumänien eingereisten Asylsuchenden aus der ZAst evakuiert wurden, blieb es nicht bei ein paar Buh-Rufen einiger deutscher Nachbarn wie im Film gezeigt. Mit Steinen wurden Busfenster eingeschmissen, die Flüchtlinge duckten sich in Panik auf den Boden der Busse. Auch die nächtliche Flucht der Vietnamesen aus dem Sonnenblumenhaus ist auf dokumentarischen Filmaufnahmen viel dramatischer: So ließ sich der Durchgang zum Nachbarhaus länger nicht öffnen, währen die Flammen näher kamen. Die Gesichter der mit einem Brecheisen verzweifelt an der Tür Hantierenden bleiben im Gedächtnis.

Und der Imbisswagen, aus dem sich die grölende Menge versorgte, hieß auch nicht anglifiziert „Happy Happi bei Appi" sonst korrekt dummdeutsch „Happi Happi bei Appi". Ein Inbegriff deutscher Pogrom-Gemütlichkeit.

In der Menschenmenge tauchen dann zu allem Überfluss auch noch antirassistische Langhaarige mit Transparenten auf, die sich für die Asylsuchenden und die ehemaligen VertragsarbeiterInnen einsetzen und fordern: keine Gewalt. Real war es 1992 so, dass sich die aufgrund der tagelangen Berichterstattung angereisten vielleicht 300 antirassistischen radikalen Linken und die sich im alternativen Jugend Aktiv Zentrum, JAZ e.V. eingefundenen versprengten RostockerInnen sich nicht trauten, abends vor das Sonnenblumenhaus und die ZAst zu ziehen. Wir wären weggehauen worden, so unsere damalige Einschätzung. Hilflos demonstrierten wir damals mitten in der Nacht durch Lichtenhagen, nachdem die Menschenmenge sich weitgehend zerstreut hatte. Wie Pausenclowns [1].

„Wir sind jung. Wir sind stark." wird der Bedeutung des antiziganistisch motivierten Pogroms auch in anderer Hinsicht nicht gerecht: Zwar bebildert Qurbani, dass hauptsächlich Roma in und vor der ZAst untergebracht waren. Aber sie bleiben namenlose Objekte, keine Romnja, kein Rom sagt auch nur einen Satz in die Kamera, niemand von ihnen wird als Persönlichkeit dargestellt. Nur einmal ist zu sehen, wie eine Romnja empört den Arm wegzieht, als ein Polizist sie anpacken will, damit sie schneller in den Bus zum Abtransport einsteigt. Der etwas konstruierten Dramaturgie des Filmes hätte es nicht geschadet, wenn er auch in der Perspektive einiger Roma spielen würde. Gerade auch, um antirassistisch Roma aus der Objektrolle zu holen, auf die alle möglichen Klischees projiziert werden.

Dies ist umso ärgerlicher, als es mit „The Truth lies in Rostock" einen eindrücklichen Dok-Film über die pogromartige Gewalt in Rostock-Lichtenhagen gibt. Der wurde 1992 mit Mitteln des englischen Fernsehsenders Channel Four gedreht. Und enthält während der Tage der Gewalt aus den Häusern heraus gefilmte Sequenzen. Außerdem kommen viele Opfer zu Wort, der gewalttätige Antiziganismus der deutschen Dominanzgesellschaft wird ausführlich kritisiert. „The Truth lies in Rostock" entstand durch antirassistisch Engagierte aus dem Jugend Aktiv Zentrum Rostock, JAZ e.V. [2]. Der Film lief nur vereinzelt im Kino und noch nie im deutschen Fernsehen, wurde aber von einer Rostocker Initiative zum 20. Jahrestag 2012 in größerer Stückzahl in der Stadt verteilt [3].

Dass Burhan Qurbani in seinem ersten langen Spielfilm die Dramaturgie etwas schematisch aufbaut, dass das Mittel des Spannungsaufbaus durch die Nichtauflösung von Szenen durch Standradschnitte etwas überreizt wird, sind ärgerliche, aber erwartbare handwerkliche Fehler. Dass Qurbani aber davor zurückschreckt, die Dynamik der pogromartigen Gewalt im aggressiven Rassismus der gewöhnlichen Deutschen in Rostock-Lichtenhagen zu zeigen und nicht in der testosterongesteuerten Aggression dazu auch noch ziemlich unbewusst agierender Jungnazis, macht den Film zu einer zwar sehenswerten, aber verschenkten Gelegenheit. So wird in der Menschenmenge in Film vor allem „Haut ab!" gegen die Polizei gerufen, erst später ist das zu hören, was in der Realität andauernd gerufen wurde: „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!" Laut, aggressiv wurden so die Steinwürfe begleitet. Bei Treffern, auch mit Brandsätzen, wurde gejohlt und geklatscht.

„Wir sind jung. Wir sind stark.", Deutschland 2014, 128 Min., Regie: Burhan Qurbani; Drehbuch: Burhan Qurbani, Martin Behnke; Kamera: Yoshi Heimrath; Mit: Jonas Nay, Trang Le Hong, Devid Striesow, Joel Basman, Saskia Rosendahl. Kinostart: 22. Januar. Internetseite: http://jungundstark.de/#site

Gaston Kirsche ■

1 Ausführlicher dazu: Gaston Kirsche: Antina statt Antifa – Zwei Tage in Rostock-Lichtenhagen , in: ZAG, Zeitschrift antirassistischer Gruppen, Nr. 62/2012

2 Link zur vollständigen Dokumentation „The Truth Lies in Rostock": https://www.youtube.com/watch?v=4gboC2bsv8w

3 Gaston Kirsche: The Truth Lies In Rostock – Eine ungewöhnliche Verteilaktion zum 20. Jahrestag der rassistischen Belagerung des Sonnenblumenhauses in Rostock 1992, in: ZAG Nr. 62/2012

Bund ist Hauptsponsor der Münchner Sicherheitskonferenz

„Der Bund sponsert auch in diesem Jahr die Münchner Sicherheitskonferenz mit insgesamt rund einer Million Euro", kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion zur Unterstützung der Konferenz, die vom 6. bis 8. Februar stattfindet. Jelpke weiter:

„240 Bundeswehrsoldaten werden in diesem Jahr zur Unterstützung der Konferenz abgestellt. Das sind zwar deutlich weniger als die 327 vom Vorjahr – zugleich wird aber die finanzielle Unterstützung der Konferenz ausgebaut: Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sponsert das Event jetzt mit 500 000 Euro, das sind 150 000 Euro mehr als bisher. Zusammen mit den Personal- und Sachkosten, die bei der Bundeswehr entstehen, wird damit auch in diesem Jahr wieder die Millionengrenze erreicht.

Das Gesamtbudget der Konferenz wird auf 1,721 Millionen Euro veranschlagt. Das macht deutlich: Obwohl die Konferenz offiziell als Privatveranstaltung des ehemaligen Diplomaten Wolfgang Ischinger firmiert, ist der Bund der Hauptsponsor dieses Kriegsratschlags. Ohne Bundesmittel gäbe es diese Veranstaltung überhaupt nicht. Und das wäre auch gut so, denn das jährliche Stelldichein vor allem von NATO-Größen und Rüstungsproduzenten hat mit den Interessen der steuerzahlenden Bevölkerung nichts zu tun. Für diese Veranstaltung sollte es keinen Cent an Steuergeldern geben.

DIE LINKE ruft auch in diesem Jahr zur Demonstration gegen die Konferenz auf."

Die vollständige Antwort hier: http://www.ulla-jelpke.de/2015/01/bund-ist-hauptsponsor-der-muenchner-sicherheitskonferenz/

Ulla Jelpke, MdB, ■

Die Stunde der Profiteure

Zählt der Front National zu den politischen Nutznießern des Attentats auf ‚Charlie Hebdo'?

Wird der Front National mittelfristig zu den politischen Haupt- oder Nebenprofiteuren der Anschläge auf Charlie Hebdo sowie eine Polizistin und einen koscheren Supermarkt gehören? Diese Frage stellt sich seit den Attentaten von Anfang Januar 2015 für viele Beobachter/innen in Frankreich.

Im Augenblick ist noch keine spürbare Verschiebung zwischen den politischen Lagern eingetreten, glaubt man den Meinungsforschern – sieht man davon ab, dass die amtierende Regierung in der Gunst der öffentlichen Meinung stark gestiegen ist. Letztere profitiert dabei von einem gesellschaftlichen Reflex, den man im Französischen als „legitimistisch" bezeichnet. Also einer Reaktion, die im Angesicht einer Bedrohung zugunsten der jeweils gerade amtierenden Regierung ausfällt, jedenfalls solange diese sich nicht allzu ungeschickt anstellt. François Hollande konnte seine Beliebtheitswerte laut einer Umfrage des Instituts BVA, die am 17. Januar d. J. publiziert wurde, auf 34 Prozent steigern und dadurch nahezu verdoppeln.

Am 19. Januar 2015 widmete die Tageszeitung Libération der Situation des FN nach den Anschlägen ein Tagesthema mit satten sieben Seiten. Der prominente Meinungsforscher Jérôme Fourquet erklärt darin, bis dato sei es nicht zu stärkeren Verschiebungen „zwischen den politischen Blöcken" gekommen, vielmehr fühle jede größere Wählergruppe sich in ihren bisherigen jeweiligen Grundüberzeugungen bestätigt. Fourquet schließt jedoch für die nähere Zukunft Verschiebungen zugunsten der extremen Rechten nicht aus.

Vor den Anschlägen waren ihr, Mitte Dezember 2014, für die in knapp zwei Monaten anstehenden Bezirksparlamentswahlen in den französischen Départements durchschnittlich 28 Prozent prognostiziert worden. Auf diesem Niveau kann sich der FN derzeit, mindestens, halten. Als Präsidentschaftskandidatin für 2017 werden Marine Le Pen im Augenblick (29. Januar 2015) zwischen 29 und 31 Prozent an Stimmabsichten prognostiziert; vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/01/29/97001-20150129FILW WW00194-le-pen-en-tete-des-intentions-de-vote.php – Gegenüber der vorausgehend zitierten Umfrage bedeutet dies nicht unbedingt einen Zuwachs, denn Präsidentschaftswahlen sind für den Front National stets leichter und günstiger zu bestreiten als Wahlen mit lokalem Schwerpunkt: Nationale Wahlgänge sind weitaus stärker auf prominenten „Führer(innen)persönlichkeiten" zugeschnitten, während es bei Bezirksparlamentswahlen für ihn zum Problem werden kann, dass viele seiner Kandidat/inn/en schlicht unbekannt sind.

Dabei will es der Front National jedoch nicht belassen. Am vorvergangenen Freitag, den 16. Januar 2015 ging er in die Offensive und präsentierte eigene innenpolitische Vorschläge, die er als vorgebliche Antwort auf die Attentate präsentierte. Zuvor hatte er noch eine gewisse Schamfrist respektiert, da es in der Öffentlichkeit wohl schlecht angekommen wäre, hätte der FN gleich in den Tagen nach den Anschlägen zu polarisieren versucht.

Rückblick auf das Klima in der Wochen nach den Attentaten

In den ersten zehn Tagen überwog ein doppeltes Klima. Einerseits waren die ersten spontanen Proteste eher durch die Linke sowie die linksliberale Öffentlichkeit, die sich Charlie Hebdo stärker als die Rechte verbunden fühlten, geprägt. Andererseits rief die Regierung zu einer „nationalen Einheit" (unité nationale) oder auch Union sacrée – so nennt man die „Burgfriedens"politik im Ersten Weltkrieg – auf. Diese prägte nach dem Ablauf der ersten Tage der Atmosphäre. Die Regierung übernahm es, die zweite Welle von Demonstrationen ab dem zweiten Januarwochenende (10./11. Januar 2015) zu organisieren oder zumindest zu kanalisieren. Explizit appellierte Premierminister Manuel Valls dabei an die konservative Rechte unter Sarkozy, als Co-Organisator aufzutreten. Die UMP antwortete darauf jedoch ihrerseits, indem sie bereits am Abend des 08. Januar 2015 lautstark forderte, auch der Front National müsse an dem „Republikanischen Marsch" drei Tage später in Paris teilnehmen dürfen.

Einige Prominente des sozialdemokratisch-grünen Regierungslagers fanden diese Idee nicht so gut. Diese blieb umstritten, da auch nicht alle Teile der „Zivilgesellschaft" und der Freunde von Charlie Hebdo davon begeistert waren. Marine Le Pen nutzte ihrerseits die Gelegenheit, um gegen die „Ausgrenzung" ihrer Partei durch die von ihr so genannten Alt- oder Systemparteien Gift und Galle zu spucken. Und sie behauptete, die Demonstration sei nun keine der „nationalen Einheit" mehr, sondern eine „sektiererische" Veranstaltung.

Nachdem sie anderthalb Tage lang Ungewissheit über ihre Beteiligung hatte walten lassen, erklärte die FN-Chef schließlich am Samstag, den 10. Januar 2015, sie rufe ihre Anhänger zur Beteiligung an den Demonstrationen in ganz Frankreich auf – „überall außer in Paris". In der Hauptstadt wäre ihre Partei auch, aufgrund der Masse an Teilnehmern, wohl untergegangen. In Paris war deshalb die extreme Rechte nicht an der Demonstration beteiligt. Jedenfalls nicht die französische, wohl aber kamen rechtsextreme Minister aus Israel wie Naftali Bennett – der Mann mit dem Ausspruch „I killed a lot of Arabs in my life and there's no problem with that" – oder der völkische Konservative Viktor Orban aus Ungarn, dessen Verhältnis zur Pressefreiheit bis dahin eher nicht auf den Nenner „Ich bin Charlie" zu bringen war.

Marine Le Pen ihrerseits zog es vor, in der FN-regierten Kleinstadt Beaucaire zu demonstrieren. Dort nahmen rund 1000 Leute an der Kundgebung gegen die Anschläge teil, das war eine eher unterdurchschnittliche Zahl gegenüber vergleichbaren Provinzstädten, obwohl Kommunalparlamentarier des FN dazu eigens aus bis zu 170 Kilometer Entfernung angereist waren. In einigen anderen Städten, in denen der FN Rathäuser regiert wie in Marseille – dort weisen die Nordbezirke seit einem knappen Jahr einen rechtsextremen Bürgermeister auf, Stéphane Ravier – oder Hénin-Beaumont, war die Partei schon zuvor bei Demonstrationen präsent gewesen.

Aber auf Landesebene erschien es in vielen Augen so und wurde es in vielen Medien so dargestellt, als ziehe der FN es vor, in der Stunde eines nationalen Schulterschlusses lieber außen vor zu stehen. Dies dürfte seinen Einfluss eingedämmt haben. Man konnte in einer ersten Zeit zwar befürchten, diese Situation werde dem FN in die Hände spielen, weil er gleichzeitig als aktive Partei und aber auch als „nicht wie die anderen Parteien" erscheinen könne. Doch den möglichen, denkbaren Nutzeffekt einer solchen Situation verspürt die rechtsextreme Partei zumindest derzeit eher nicht. Kurzfristig scheint es doch viel eher so, als werde ihr ihre „Extrawurst" anlässlich des Demonstrations-Wochenendes vom 10./11. Januar 2015 tendenziell negativ angekreidet. Auch ein Drittel der Wähler/innen von Marine Le Pen missbilligt ihre Positionierung, also ihren (oft als Eigenbrötlertum oder parteipolitische Taktiererei wahrgenommenen) Versuch, eine Art von Paral-

→

lelmobilisierung aufzustellen. (Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/01/28/securite-et-islam-les-sympathisants-fn-se-distinguent_4564837_823448.html)

Alt-neue Vorschläge

Dadurch, dass ihre Chefin eine Batterie von eigenen Vorschlägen präsentierte, die sich angeblich gegen das Risiko neuerlicher Attentate richten, versuchte die Partei einige Tage später verstärkt in die Offensive zu kommen. Wie bei ihr üblich, stellt die extreme Rechte dabei einen angeblich zwingenden Zusammenhang zwischen den Anschlägen und der von ihr behaupteten „Masseneinwanderung" her. Dies ist nicht neu, bereits im Herbst 2014 hatte es eine intensive öffentliche Debatte über ebendiese Agitation gegeben (vgl. http://www.trend.infopartisan.net/trd1214/t341214.html). Durch Wiederholung werden die „Weisheiten" des FN nicht wahrer. Denn die drei Attentäter, Chérif und Said Kouachi sowie Amedy Coulibaly, waren in Frankreich geborene französische Staatsbürger. Chérif Kouachi, der zentrale Kopf der jüngsten Mordwelle, hat mutmaßlich Zeit seines Lebens nie das Staatsgebiet verlassen, oder nur ein einziges Mal mit einem falschen Pass, um 14 Tage in einem Ausbildungslager von Al-Qaida im Jemen zu absolvieren. Dagegen ist der soeben zum Helden erklärte Lassana Bathily ein echter Einwanderer, ein vormals „illegaler" noch dazu. Der 26jährige Muslim aus Mali rettete fünfzehn Menschen in dem koscheren Supermarkt HyperCacher, wo er arbeitet, bei der Geiselnahme das Leben. Er erhielt am vorigen Dienstag durch die Regierung zum Dank die französische Staatsbürgerschaft verliehen.

Konkret schlug Marine Le Pen vor, die Schengen-Abkommen zum Zweck der Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen abzuschaffen. Doppelstaatsbürgern soll bei Terrorismusverdacht umgehend ihre französische Staatsangehörigkeit entzogen werden können. Eine Maßnahme, die bereits heute möglich ist, aber unter relativ eng gesetzten rechtlichen Rahmenbedingungen – just vergangene Woche bestätigte das Verfassungsgericht einen entsprechenden Beschluss gegen den Franko-Marokkaner Ahmed Sahnouni. Ein solches Vorgehen verhindert zwar keine Attentate, soll aber die Grenze zwischen „eigen" und „fremd" umso deutlicher markieren. 59 Prozent der Französinnen und Franzosen sprechen sich in Umfragen für das Prinzip aus.

Marine Le Pen will aber auch die seit 2000/01 ausgesetzte Wehrpflicht wieder einführen – was nun auch Teile der UMP fordern –, ebenso wie obligatorische Schuluniformen. Inwiefern das Attentaten gegensteuern würde, bleibt ihr Geheimnis.

Innerparteiliches Flügelflattern

Während Marine Le Pen vor allem von der in Teilen der Öffentlichkeit angeheizten Stimmung gegen Muslime und „Fremde" zu profitieren sucht, setzt ihr Vater und innerparteilicher Kontrahent Jean-Marie Le Pen (JMLP) auf in seinen Augen bewährte Verschwörungstheorien. Er merkte in der zweiten Januarwoche dieses Jahres zunächst in einem Interview mit einer russischen Zeitung an, in seinen Augen trügen die jüngsten Anschläge unverkennbar das Markenzeichen von nicht näher bezeichneten „Geheimdiensten", seien also eine fals flag-Inszenierung. Hinterher behauptete JMLP, angesichts des Aufsehens rund um seine Aussprüche, er sei falsch übersetzt worden.

Der 32jährige Vizepräsident der Partei, Florian Philippot, verbreitete daraufhin per Twitter-Nachricht, der Gründer und „Ehrenvorsitzende" des FN sei „heute in aller Augen harmlos" – er meinte damit: ein Stottergreis –, und er habe „vielleicht Wodka getrunken, bevor er sich äußerte". Jean-Marie Le Pen erwiderte beleidigt, jedermann wisse doch, dass er keinen Alkohol mehr trinke. Am Sonntag, den 25. Januar 2015 legte der inzwischen schon relativ betagte Altfaschist (JMLP wird im Juni d.J. 87 Jahre alt) dann nach; und raunte von einer „Geheimgesellschaft", die hinter den Attentaten stecke.

Wahrscheinlich wird der FN auch weiterhin mit beiden Flügeln schlagen und unterschiedliche Bedürfnisse zu bedienen versuchen – Verschwörungsgemunkel für die Schmuddelränder und einen Teil des harten Kerns, antimuslimischen Rassismus für den eher bürgerlichen Mainstream.

Aymeric Chauprade im Aus

Dabei gebietet das Streben um Salonfähigkeit jedoch eine gewisse scheinbare Mäßigung im Tonfall. Letzteren Imperativ missachtete soeben Aymeric Chauprade, bisher der Chef der Delegation der – formal fraktionslosen – Abgeordneten des FN im Europaparlament. Der 43jährige unterrichte früher Geopolitik an einer französischen Militärakademie, wurde jedoch dort wegen der Verbreitung von Verschwörungstheorien über den 11. September 2001 von seinem Posten gekippt. Seitdem hat er sich jedoch zur These vom Clash of civilizations, frei nach Samuel Huntington, und zum Kampf gegen den strategischen Hauptfeind Islam bekehrt. Seine faktische Annäherung an Positionen der US-amerikanischen Rechten ist umstritten. Er tritt ansonsten für ein Bündnis sowohl mit der israelischen Rechten als auch mit den russischen Machthabern um Wladimir Putin ein.

In der dritten Januarwoche d.J. posaunte er lautstark hinaus, Frankreich befinde sich „im Krieg mit Muslimen – nicht mit ‚den' Muslimen, aber mit Muslimen", um entsprechende Maßnahmen für den inneren Ausnahmezustand gegen ganze Bevölkerungsgruppen zu fordern. Marine Le Pen, die beruflich als Anwältin tätig gewesen ist, gingen diese Sprüche zu weit – sie wies auf ein „juristisches Risiko" hin, also die Gefahr einer Klage wegen „Aufstachelung zur Rassenhetze", das französische Pendant zum deutschen „Volksverhetzungs"-Paragraphen. Die alte Garde des FN um Jean-Marie Le Pen missachtete jedoch ihre Aufforderung an alle Bezirkssekretäre der Partei, das Video von Aymeric Chauprade nur ja nicht weiterzuverbreiten. Ihre eigene Nichte Marion Maréchal-Le Pen, Abgeordnete in der Nationalversammlung und Bezirkssekretärin in Avignon, die dem Großvater Jean-Marie näher steht als der Tante, veröffentlichte es prompt im Internet. Formal wurde der Familienfrieden jedoch wiederhergestellt, indem Marine Le Pen versicherte, die Nichte übernehme „alle Risiken und Verantwortung selbst".

Bernard Schmid, Paris ■

Bevor das deutsche Original in die Krise schlitterte:

PEGIDA-Exportversuch – Ausstrahlung nach Westeuropa: Belgien, Frankreich, Spanien

Der Rücktritt ihres Gründers Lutz Bachmann, welcher seiner Vorliebe für Hitler-Posen bei den „neuen sozialen Medien" etwas gar zu offenen Ausdruck verliehen hatte, schüttelt die PEGIDA-Bewegung durcheinander; vor allem, nachdem nun auch seine Nachfolgerin als Sprecherin, Kathrin Oertel, ihre Ämter hinschmiss und noch fünf weitere Mitglieder des zwölfköpfigen Führungsgremiums ihren Rücktritt erklärten. Hauptgrund für die Zerwürfnisse ist allem Anschein nach die Rolle Lutz Bachmanns, der auch nach einem offiziell erklärten Rückzug noch Machtansprüche stellt.

Unterdessen hat der Markenname PEGIDA in einigen europäischen Staaten in den letzten Wochen Anhänger und Nachahmer gefunden. Imitatoren versuchten, die Gunst der Stunde zu nutzen, um die Agitation in ihren jeweils eigenen Ländern anzufachen. Bislang sind diese Bewegungen jedoch in der Regel noch klein. Am ehesten in Frankreich konnten sie sich auf bereits vorhandene Strukturen stützen, die bereits bislang eine obsessive Islamfeindlichkeit – und sei es als Vorwand für die Abneigung gegen Einwanderung – zum Hauptgegenstand hatten.

In Spanien wurde ein Twitterkonto unter dem Namen „Pegida" am 08. Januar 2015 ins Leben gerufen, also am Tag nach dem zehnfachen Mord durch zwei Jihadisten, der Brüder Kouachi, in der Redaktion der Wochenzeitung Charlie Hebdo. „Der Islam hat in den freien und demokratischen Gesellschaften wie denen Europas nicht seinen Platz", hieß es dazu. Mitte Januar d.J. zählte das Twitterkonto 800 Follower, und die dazu gehörige Facebookseite 2700 „Likers", am Wochenende des 24./25. Januar 2015 waren es dann 3800. Eine am Montag, den 12. Januar vor der größten Moschee in Madrid geplante Demonstration wurde nicht genehmigt. Die Gruppierung plante daraufhin, eine Demonstration zu einem späteren Zeitpunkt zu organisieren und sie über die neuen Medien bekannt zu geben. Hinter ihr stehen traditionsreiche, aber gesamtgesellschaftlich relativ isolierte, rechtsextreme Kleinparteien wie die Phalange, die den Namen einer faschistischen und Franco unterstützenden Bewegung der 1930er Jahre trägt.

Ähnlich organisiert sich die Bewegung in Belgien. Die Webseite von „Pegida Flandern", kurz vor den Pariser Attentaten gegründet, wies am Wochenende des 24./25. Januar 2015 rund 7300„Likers" auf. Sie betreibt die Gründung einer Bewegung unter dem Titel „Vlativa", die niederländischsprachige Abkürzung für „Flamen gegen die Islamisierung des Abendlands". Bislang scheint allerdings fast nur der nördliche Landesteil Flandern von dem Phänomen berührt, der über starke rechte Traditionen verfügt – eine flämisch-nationalistische Rechtspartei, die N-VA, ist derzeit auch an der belgischen Bundesregierung beteiligt, und ihr Staatssekretär für Einwanderung und Asyl Theo Francken war seit 2007 für krasse moslemfeindliche Aussprüche bekannt („Alle Moslems raus aus Brüssel, das wäre amüsant"). In Antwerpen, der einwohnerreichsten flämischen Stadt, wollte die Bewegung an diesem Montag, den 26. Januar 2015 auf öffentlichen Plätzen demonstrieren. Ausgerechnet der Bürgermeister Bart de Wever, zugleich Parteivorsitzender der N-VA, verbot den Aufmarsch jedoch „aus Sicherheitsgründen", ebenso wie geplante Gegendemonstrationen.

„Pegida Flandern" ist stark mit der rechtsextremen Partei Vlaams Belang (VB) liiert, die mit der rechtsnationalen doch „salonfähigen" N-VA konkurriert, doch in den Jahren seit 2009 durch diese marginalisiert und unter fünf Prozent gedrückt worden ist. Hingegen findet man im französischsprachigen Landesteil nur wenige Einträge auf der Facebookseite von „Pegida Wallonien", und sie brachte es bis Mitte der vorletzten Januarwoche 2015 mühsam auf 800 „I like", am darauffolgenden Wochenende waren jedoch nur noch 38 Likers vermerkt. Die Facebookseite ist eng mit der nationalrevolutionären, in Wallonien verankerten Gruppe „Nation" verkoppelt.

In Frankreich, wo der rechtsextreme Front National (FN) bei den Europaparlamentswahlen im Mai des Vorjahres 25 Prozent erhielt und diesen Anteil derzeit noch steigern könnte – seiner Chefin Marine Le Pen wurden als Präsidentschaftskandidatin soeben 29 bis 31 % der Stimmen prognostiziert –, hält diese Partei sich bezüglich PEGIDA bislang bedeckt. Gehört es doch seit dem Antritt ihrer heutigen Chefin Marine Le Pen im Jahr 2011 zu ihrer Strategie, jeden Anschein zu vermeiden, eine Radau- und Krawallpartei zu sein. Ihr europapolitischer Berater, Ludovic de Danne, erklärte gegenüber dem Radiosender Europe 1 lediglich, eine solche Bewegung könne „politische Parteien nicht ersetzen". Und man müsse „ihr misstrauen, wenn sie sich in einer Logik des Clash of civilizations verortet". Eine solche Vision à la Samuel Huntington lehnt der FN deswegen ab, weil er eine Position der Verteidigung eines vorgestellten westlichen Blocks als – aus seiner Sicht – sträfliche Unterordnung unter die USA ablehnt und stattdessen ein strategisches Bündnis mit Wladimir Putin favorisiert.

Feuer und Flamme für PEGIDA waren hingegen andere Kräfte in Frankreich, die seit Jahren dem FN gleichzeitig Konkurrenz bereiten und ihn beeinflussen. Am Sonntag, den 18. Januar 2015 sollte in Paris eine Demonstration stattfinden, auf der auch Melanie Dittmer aus Bonn – früher JN (Jugendverband der NPD) und Neonazi-Aktivistin, jetzt „Pro NRW", immer noch Holocaust-Bezweiflerin und inzwischen Vertreterin von PEGIDA – sprechen sollte. Organisiert wurde sie durch ein Kartell aus der wahnhaft islamfeindlichen Publikation Riposte Laïque (ungefähr: „Gegenschlag/Gegenwehr der Säkularisten"), dem außerparlamentarischen militant-rechtsextremen Bloc identitaire und der rechtsextremen „Jüdischen Verteidigungsliga" (LDJ), Ableger der rassistischen Kach-Bewegung, die in den USA und Israel wegen Rechtsterrorismus verboten ist.

Riposte Laïque und die „identitäre" Bewegung hatten bereits im Dezember 2010 in Paris mit einigem Erfolg den „Kongress gegen die Islamisierung des Abendlands" organisiert, mit Gästen u.a. aus der Schweiz (Oskar Freysinger) und Deutschland (René Stadkewitz) und rund 1000 Anwesenden: (vgl. http://www.trend.infopartisan.net/trd0111/t1110111.html). Die Allianz aus diesen Kräften konkurriert mit dem Front National um ideologischen Einfluss, den sie aber auch „von innen" auf die Partei ausübt. Einer der elf im März 2014 gewählten FN-Bürgermeister, Fabien Engelmann, Rathauschef im lothringischen Hayange, ursprünglich einmal ein Linker, kam 2010/11 von und über Riposte Laïque zum FN – gilt aber inzwischen teilweise eigenen Parteifreunden als zu fanatisch und zu extrem von der „Islamfrage" besessen.

Die geplante Kundgebung am Sonntag, den 18.01.15 wurde behördlich verboten, doch an ihrer statt hielten die Organisatoren eine zweieinhalbstündige „Pressekonferenz" ab, um ihre Inhalte ins Internet zu stellen. Auch internationale Gäste wie der helvetische SVP-Abgeordnete Jean-Luc Addor nahmen, neben Melanie Dittmer, daran teil. Aus diesem Anlass wurde die Gründung eines französischen PEGIDA-Ablegers als eigene Organisation angekündigt. Ihren Vorsitz soll Renaud Camus übernehmen. Der Schriftsteller wurde im April 2014 erstinstanzlich wegen „Rassenhetze" verurteilt, wegen Aussprüchen auf dem Anti-Islamisierungs-Kongress von 2010. Zuvor war im April 2001 eines seiner Bücher vom Verleger, Fayard, wegen antijüdischer Passagen vom Markt genommen worden. Camus ist der Urheber des Konzepts des grand remplacement, also der Idee eines durch die Eliten geplanten und vorsätzlich betriebenen „großen Bevölkerungsaustauschs" als diabolischen Komplotts – Einheimische raus, Zuwanderer rein –, das quer durch die Rechte aller Schattierungen übernommen wird. Auch auf den FN übte er damit erheblichen Einfluss aus.

Der möglicherweise zu erwartende schnelle Niedergang des „Originals" PEGIDA in Deutschland könnte auch seinen westeuropäischen Nachahmern existenzielle Schwierigkeiten einbrocken. Doch die Kartelle, die sich hier jeweils zusammengefunden haben, müssen als Kristallisationspunkte auch weiterhin erstgenommen werden. Ob in Deutschland oder anderswo in Europa: Diese Bewegung droht Spuren zu hinterlassen.

Bernard Schmid, Paris ■

Ellwangen zeigte Flagge

Rund 1000 Menschen schlossen sich dem Solidaritätszug für Flüchtlinge am 24. Januar an

Unter dem Motto „Ellwangen zeigt Flagge – Für eine Zukunft geflüchteter Menschen in Solidarität und Gerechtigkeit“ gingen am 24. Januar ca. 1000 Menschen aus dem Ostalbkreis auf die Straße. Oberbürgermeister Karl Hilsenbeck sah in der friedlichen Demonstration ein starkes Signal dafür, dass Flüchtlinge in der 25000-Einwohner-Stadt willkommen sind. Ab dem Frühjahr sollen in der neuen Erstaufnahmestelle in der Reinhardt-Kaserne ca. 1000 Asylsuchende untergebracht werden. Der von der Aktionsgruppe Solidarität und der Mahnwache Ellwangen initiierte Solidaritätszug wurde von über 50 Organisationen unterstützt. Bei der Auftaktkundgebung sprach auch Andreas Linder, Geschäftsführer des Flüchtlingsrats.

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 26.01.2015 ■

Broschüre Deutschkursangebote für Flüchtlinge

Die meisten Flüchtlinge, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, haben den Wunsch, so schnell wie möglich Deutsch zu lernen, ist doch der Erwerb von Deutschkenntnissen eine wichtige Voraussetzung zur gesellschaftlichen Integration, unter anderem auch zur Aufnahme einer Beschäftigung.

Da viele Flüchtlinge keinen Zugang zu den vom Bund organisierten Integrationskursen und den ESF- BAMF- berufsbezogenen Sprachkursen haben, informiert die Broschüre `Deutschkursangebote für Flüchtlinge` über kostengünstige oder kostenlose Deutschkursangebote verschiedene Institutionen, Organisationen und Initiativen für die Betroffenen.

Anhand von 18 Beispielen zeigt die Broschüre die Vielfalt der alternativen Deutschkursangebote und ihrer Anbieter auf, darunter Landesministerien, Kommunen, Universitäten, Volkshochschulen, wohltätige Organisationen und ehrenamtliche Initiativen.

Es wird erläutert, aus welchen Gründen diese alternativen Deutschkursangebote den bestehenden Bedarf an Deutschkursen quantitativ und qualitativ nicht abdecken können. Darüber hinaus liefert die Broschüre Anregungen, wie man vor Ort bzw. in der Region Deutschkursangebote für Flüchtlinge finden kann, die bisher keinen Zugang zu staatlich geförderten Deutschkursen haben. Und der geneigte Leser erhält eine Reihe von praktischen Tipps, wie er selbst zu einer Verbesserung des Deutschkursangebotes für Flüchtlinge beitragen kann.

Die Broschüre kann unter http://www.frnrw.de/index.php/presse/publikationen/item/4175-broschuere-deutschkursangebote-fuer-fluechtlinge bestellt werden.

Quelle: http://www.frnrw.de ■

Opfer rechter Gewalt „Die haben uns nicht ernst genommen“

Opfer rechter Gewalt fühlen sich von der Polizei nicht ernst genommen. Mehr als die Hälfte von ihnen haben sogar den Eindruck, dass die Polizei kein Interesse an der Aufklärung hat. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie der Opferberatung Thüringen und der Uni Leipzig.

Opfer rechter Gewalt fühlen sich bei der Polizei nur selten gut aufgehoben. Viele fühlen sich von der Polizei nicht ernst genommen, haben das Gefühl, als Täter und nicht als Opfer behandelt zu werden, und sehen sich mit Vorurteilen seitens der Beamten konfrontiert. Mehr als die Hälfte hat zudem den Eindruck, die Polizei sei nicht an der Aufklärung der politischen Motive der Tat interessiert, sofern sie überhaupt kommt. Das sind Ergebnisse einer Studie der Opferberatung Thüringen (ezra), die gemeinsam mit Wissenschaftlern der Universität Jena erstellt und vergangene Woche Dienstag in Leipzig vorgestellt wurde.

Danach informieren Beamte die Gewaltopfer nur in wenigen Fällen über alle ihnen zustehende Ansprüche und Rechte. Auch lange nach der Tat fühlen sich viele der Befragten eingeschüchtert oder ungerecht behandelt. Zudem ist knapp ein Drittel der Befragten im Alltag von häufigen Polizeikontrollen betroffen (sog. Racial Profiling).

Viele Betroffene berichten der Studie zufolge auch Jahre nach dem Vorfall noch von psychischen und körperlichen Problemen. Die meisten Befragten fürchten, erneut zu Gewaltopfern zu werden. Sie versuchen, die Gewalterfahrung mit verschiedenen Methoden zu verarbeiten. Während manche ihre Fitness trainieren oder Gegenstände zur Selbstverteidigung mitführen, berichten viele von Vermeidungsverhalten: So wird der Tatort oder ihm ähnliche Orte oder ganz allgemein die Öffentlichkeit zu bestimmten Zeiträumen gemieden. Jeder Fünfte würde Thüringen am liebsten verlassen, das Vertrauen in Polizei und Gerichte ist geschmälert.

Angst vor rechter Gewalt verbreitet

Die Wissenschaftler erfragten zudem auch den Umgang des sozialen Umfelds der Betroffenen mit rechter Gewalt. Dabei ergab sich, dass jeder Dritte vom Umfeld für die Eskalation der Situation verantwortlich gemacht wird. Außerdem sind auch im Umfeld der Befragten Angst vor rechter Gewalt und entsprechende Vermeidungsstrategien weit verbreitet.

Die Studie beschäftigt sich aus der Opferperspektive mit Erfahrungen und Wahrnehmungen von Menschen in Thüringen, die von rechter Gewalt betroffen und in den Jahren 2010–2013 bei der Opferberatungsstelle ezra in Beratung waren.

Quelle: Migazin 23.01.2015 ■

Jede Woche drei Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

Statistisch gesehen finden in Deutschland pro Woche fünf rassistische Kundgebungen oder Demonstrationen gegen Flüchtlinge statt. Zu Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte kommt es im Schnitt drei Mal pro Woche. Dies zeigt eine aktuelle Auswertung.

In Deutschland finden laut einer Dokumentation statistisch gesehen jede Woche drei Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte statt. Jeden Monat werden zudem mehr als sechs Übergriffe auf Flüchtlinge verübt, geht aus einer am Montag in Berlin veröffentlichten Analyse von Pro Asyl und der Amadeu Antonio Stiftung hervor.

Demnach wurden im Jahr 2014 bundesweit 77 Übergriffe auf Flüchtlinge gezählt sowie 153 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Dazu zählten den Angaben zufolge 35 Brandanschläge und 118 Sachbeschädigungen an Unterkünften. Ferner wurden 256 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen oder Demonstrationen registriert. “Es ist katastrophal, dass Menschen, die hier Schutz suchen, rassistische Anschläge und Übergriffe befürchten müssen”, so Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl.

Für die in der “Chronik der Gewalt – Rechte Hetze gegen Flüchtlinge” vorgelegten Zahlen seien Medienberichte, Auskünfte von lokalen Initiativen und von Rassismus betroffenen Personen, Zahlen des Bundeskriminalamtes, Mitteilungen

von örtlichen Polizeiinspektionen und Staatsanwaltschaften sowie Ergebnisse parlamentarischer Anfragen auf Bundes- und Landesebene ausgewertet worden, hieß es. Vergleichszahlen der Vorjahre wurden nicht genannt.

Steigende Zahlen seit Pegida

Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung verwiesen darauf, dass bei den flüchtlingsfeindlichen Demonstrationen organisierte Rechtsextreme häufig unter dem Deckmantel "besorgter Bürger" auftreten würden. Für die Veranstaltungen würden Teilnehmer meist über Facebook mobilisiert, auf denen Asylsuchende als "Wirtschaftsflüchtlinge" und angebliche Gefahr denunziert würden.

Beide Organisationen riefen dazu auf, Rassismus entschieden entgegenzutreten. Zugleich kritisierten sie die islamfeindliche "Pegida"- Bewegung. Diese versetze Flüchtlinge in Angst, hieß es. Dies gelte insbesondere für Sachsen, wo es der Dokumentation zufolge 2014 mit Abstand zu den meisten rassistisch motivierten Körperverletzungen gegen Flüchtlinge kam. Zudem hätten rassistische Pöbeleien im Zuge der „Pegida"-Demonstrationen in Dresden deutlich zugenommen.

Atmosphäre ist vergiftet

„Woche zu Woche wird es schlimmer, die Atmosphäre ist sehr vergiftet und die Leute haben Angst. Montag ist das Stadtzentrum fast zu einer No-Go-Area definiert worden und Montags schicken viele ihre Kinder nicht zur Schule. Und die Frauen, die Kopftuch tragen, die trauen sich nicht aus dem Haus", sagte Ali Moradi vom Flüchtlingsrat Sachsen im Deutschlandfunk.

Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung, ergänzt: „Wie auch immer sich Pegida offiziell von Rassismus und Gewalt distanzieren mag: Eine Bewegung, die massiv von rassistischen Ressentiments geprägt ist und sich selbst als ‚Volkes Wille' inszeniert, schafft ein Klima, das rassistische Gewalttäter motiviert, den vermeintlichen ‚Volkswillen' zu vollstrecken."

Quelle: http://www.migazin.de 27.01.2015 ■

IKW 2015: Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt.

Seit 40 Jahren gibt es sie: Die Interkulturelle Woche (IKW). Unter verschiedenen Namen und mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Immer orientiert an der Vielfalt in dieser Gesellschaft. Immer offen, Probleme aufzugreifen und zu diskutieren. Ziel war und ist es, gelebte Vielfalt der Einfalt entgegenzusetzen.

Seit 1975 hat Deutschland sich grundlegend gewandelt. Die gesellschaftliche, kulturelle und religiöse Vielfalt wird zunehmend anerkannt. Die Migrationsgesellschaft muss sich aber nach wie vor vielfältigen Herausforderungen stellen, auch um einfältigen Problemlösungsvorschlägen von Rechtspopulisten nicht das Feld zu überlassen.

Globalisierung, zunehmende Migration und zurzeit besonders die großen Flüchtlingsbewegungen stellen unsere Gesellschaft vor immer wieder neue Herausforderungen. Damit einhergehende Fragen müssen ernstgenommen werden, um der in Deutschland in den letzten Jahren gewachsenen Willkommenskultur Tragfähigkeit zu verleihen. Die Tagung zur Interkulturellen Woche nimmt auch die brisanten politischen und gesellschaftlichen Probleme in den Blick, die nach wie vor das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben bedrohen. Die 40. Interkulturelle Woche möchte der Einfachheit des Denkens die Stärke der Vielfalt entgegensetzen. Wir laden Sie herzlich ein, im Rahmen der Tagung mit uns zu diskutieren.

Bundesweite Vorbereitungstagung, Freitag, den 20. Februar 2015 bis Samstag, den 21. Februar 2015 im Maternushaus in Köln

Programm unter
http://www.interkulturellewoche.de

Quelle: http://www.interkulturellewoche.de

Menschenrechtliche Unterbringung von Flüchtlingen umsetzen

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat im Dezember ein bemerkenswertes Papier herausgegeben: Menschenrechtliche Verpflichtungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Der Autor Hendrik Cremer benennt darin „menschenrechtliche Handlungspflichten von Ländern, Kommunen und vom Bund". Denn Deutschland ist nach internationalem Flüchtlingsrecht und den Menschenrechten dazu verpflichtet, menschenrechtskonforme Aufnahmebedingungen für Asylsuchende sicherzustellen. „Die Realität sieht häufig anders aus", schreibt Cremer. „Nicht selten sind die Zustände in den Flüchtlingsunterkünften menschenunwürdig."

Der Flüchtlingsrat Brandenburg schließt sich dieser Kritik an. Mit dem Argument, es herrsche ein „Unterbringungsnotstand", werden bestehende Mindeststandards für Sammelunterkünfte außer Kraft gesetzt. Die im Bericht der Landesregierung zum Landesunterbringungskonzept im Jahr 2013 formulierten Ziele, vor allem der Vorrang der Unterbringung in Wohnungen, werden zur Makulatur, die Zahl der Sammelunterkünfte wurde seit 2012 verdoppelt. Das Deutsche Institut für Menschenrechte hält dagegen: „Mit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen sind die Probleme in Flüchtlingsunterbringungen nicht zu rechtfertigen."

Im Einzelnen gibt das Deutsche Institut für Menschenrechte sieben Empfehlungen:

1. „Aufnahme- und Sammelunterkünfte dürfen nicht an Orten ohne vorhandene Infrastruktur eingerichtet werden."
2. „Schaffung und Durchsetzung von bundeseinheitlichen verbindlichen Mindeststandards für den Betrieb von Flüchtlingsunterkünften."
3. „Die Errichtung von Massenunterkünften ist grundsätzlich zu vermeiden."
4. „Dauerhafte Unterbringung in Sammelunterkünften verhindern."
5. „Unterstützung von Flüchtlingen bei der Wohnungssuche."
6. „Schaffung von Wohnungen mit sozialverträglichen Mieten."
7. „Eine gesamtstaatliche Strategie zur Unterbringung von Flüchtlingen entwickeln."

Die Landesregierung hat politische und finanzielle Möglichkeiten, wie die Novellierung des Landesaufnahmegesetzes und der Mindeststandards für Unterkünfte, die Unterbringung in Wohnungen zu erhöhen, Massenunterkünfte zu vermeiden und die Wohnsituation für Flüchtlinge menschenrechtskonform zu gestalten. Wenn sie diese nicht endlich nutzt, wird Brandenburg bundesweit eines der Länder mit der niedrigsten Wohnungsquote bleiben. Isolierte Massenunterkünfte, wie sie in den 1990er Jahren entstanden, galten dem letzten Landtag als Zeichen einer verfehlten und unmenschlichen Flüchtlingspolitik, die es dauerhaft zu korrigieren gilt. Das geforderte und nach wie vor dringend nötige Unterbringungskonzept liegt immer noch nicht vor, das Aufnahmegesetz wurde nicht geändert, die Standards nicht verbessert, mit dem Ergebnis, dass genau solche Unterkünfte wieder etabliert werden.

Eine menschenrechtskonforme Unterbringungspolitik sieht anders aus, daran hat das Deutsche Institut für Menschenrechte erinnert.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de 23.01.2015 ■

Abschiebung verhindert

Gericht kritisiert Asylpraxis Ungarns

Das Verwaltungsgericht Berlin hat die Asylpraxis Ungarns scharf kritisiert und Abschiebungen in das Land vorerst gestoppt. Ungarn nehme Flüchtlinge nahezu ausnahmslos in Asylhaft. Das verstoße gegen die EU-Grundrechtscharta.

Das Berliner Verwaltungsgericht hat die Asylpraxis Ungarns scharf kritisiert und Abschiebungen in das EU-Land vorerst gestoppt. Zur Begründung hieß es in einem am Montag veröffentlichten Beschluss des Gerichts, Ungarn verstoße mit

seiner Praxis, Asylbewerber „nahezu ausnahmslos in Asylhaft zu nehmen“, gegen die EU-Grundrechtecharta und das individuelle Recht auf Freiheit. Damit stoppte das Gericht in einem Eilverfahren die Überstellung eines syrischen Flüchtlings nach Ungarn. (VG 23 L 899.14)

Laut Verwaltungsgericht leidet das Asylverfahren in Ungarn an systemischen Mängeln. Aus dem gleichen Grund hatte der Europäische Gerichtshof in Luxemburg bereits 2011 Abschiebungen innerhalb der EU nach Griechenland untersagt.

In seiner Beurteilung stützt sich das Gericht auf aktuelle Berichte unter anderem des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen, des Auswärtigen Amtes und der Nichtregierungsorganisation „Pro Asyl“. Diese belegten, dass Ungarn Asylbewerber ohne Angabe von Gründen zum Teil bis zu sechs Monate inhaftiere, ohne dass dies tatsächlich notwendig sei. Dies gelte vor allem für Ausländer, die aus anderen EU-Staaten nach Ungarn abgeschoben werden. Zudem werde Flüchtlingen die individuelle Überprüfung der Inhaftierung regelmäßig vorenthalten. Auch eine gesetzlich vorgesehene Kontrolle gebe es oftmals erst nach zwei Monaten; sie beschränke sich auf eine durchschnittlich nur drei Minuten dauernde Anhörung.

Nach den Regeln der sogenannten Dublin-III-Verordnung ist für innerhalb der EU gestellte Asylanträge grundsätzlich der Mitgliedstaat zuständig, den der Flüchtling als erstes betritt oder in dem er zuerst um Schutz nachsucht. Flüchtlinge, die anschließend in einem anderen EU-Mitgliedstaat Asyl beantragen, werden daher in der Regel an den Ersteinreisestaat verwiesen und können dorthin abgeschoben werden.

In Ausnahmefällen muss der der zweite Mitgliedstaat das Asylverfahren selbst vollziehen, etwa wenn das Asylverfahren im Erstaufnahmestaat an Mängeln leidet. Der Gerichtsbeschluss ist dem Gericht zufolge nicht anfechtbar.

Quelle: http://www.migazin.de 22.01.2015 ■

Migrationshintergrund erschwert Suche nach Ausbildungsplatz

Aus Sorge vor Sprachbarrieren oder kulturellen Unterschieden haben weit mehr als die Hälfte aller Ausbildungsbetriebe in Deutschland noch nie einen Azubi mit ausländischen Wurzeln eingestellt. Starke Vorbehalte attestiert eine aktuelle Studie.

Ein Migrationshintergrund erschwert Schulabgängern die Suche nach einem Ausbildungsplatz. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Unternehmensbefragung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Derzeit bilden knapp 70 000 Unternehmen einen oder mehrere Jugendliche mit Migrationshintergrund aus. Das sind rund 15 Prozent aller Ausbildungsbetriebe in Deutschland. Für diese Betriebe sind Auszubildende mit ausländischen Wurzeln längst selbstverständlich. 60 Prozent der Betriebe hingegen haben noch nie einem Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Ausbildungsstelle gegeben.

Als Grund, bislang niemanden mit Migrationshintergrund auszubilden, geben die Unternehmen am häufigsten an, keine Bewerbungen von diesen Jugendlichen zu erhalten (74,8 Prozent). Die Studienautoren Prof. Ruth Enggruber und Prof. Josef Rützel halten diese Begründung für wenig plausibel, da andere Befragungen ergeben, dass gerade diese Jugendlichen sich bei besonders vielen Betrieben bewerben.

Offensichtlich seien auf Seiten etlicher Betriebe Vorbehalte vorhanden, die Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Suche nach einem Ausbildungsplatz erschwerten. So finden selbst 71 Prozent der Bewerber mit Migrationshintergrund, die einen mittleren Bildungsabschluss haben, keinen Ausbildungsplatz. „Mehr als ein Viertel der Jugendlichen hat heute ausländische Wurzeln. Ihnen den Zugang zu Ausbildung zu vereinfachen, ist wesentlich für gelingende Integration und Fachkräftesicherung“, sagte Frank Frick, Bildungsexperte der Bertelsmann Stiftung.

Quelle: http://www.migazin.de 23.01.2015 ■

Zweierlei Maß?

Flüchtlingsrat kritisiert die unterschiedliche Behandlungen von Protesten seitens KVR und Polizei

Wie heute der Presse zu entnehmen ist, wurden die protestierenden Flüchtlinge vom KVR und der Münchner Polizei angewiesen, ihr Infozelt am Stachus abzubauen und ihre Protestaktion zu unterbrechen. Grund hierfür: Die Polizei sieht sich nicht in der Lage, die Sicherheit der Flüchtlinge während der für heute angekündigten Bagida-Kundgebung am Goetheplatz zu gewährleisten.

Der Bayerische Flüchtlingsrat findet dieses Vorgehen mehr als befremdlich. Die Münchner Polizei hat in den letzten Wochen wiederholt eindrucksvoll und mit hohem Personalaufwand bewiesen, dass sie die Durchsetzung des Versammlungs- und Kundgebungsrecht äußerst ernst nimmt. So haben letzten Montag 900 Beamte sichergestellt, dass die Kundgebung und Demonstration von Bagida reibungslos stattfinden konnte. Angesichts dieses gewaltigen Aufwandes muss die Absicherung eines einzelnen Pavillon-Zeltes als vergleichsweise leicht durchführbare Polizeimaßnahme angesehen werden.

Wir möchten daher KVR und Polizei auffordern, auch bei dem Protest der Flüchtlinge die Wahrung des Versammlungsrechtes zu gewährleisten und die protestierenden geflüchteten Menschen und ihr Infozelt zu schützen.

„Es ist eine unerträgliche Vorstellung, dass hier wöchentlich Rechtspopulisten und bekennende Nazis von Polizeikräften beschützt durch die Stadt spazieren können, während Flüchtlinge Angst haben müssen, wenn sie an öffentlichen Plätzen über ihre Situation informieren.“ meint Matthias Weinzierl, Geschäftsführer vom Bayerischen Flüchtlingsrat.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 26.01.2015 ■

Transparent mit Namen von Opfern rassistisch motivierter Morde während des Aktionstages „Keupstraße ist überall“ vor dem OLG München.

Foto: h.d.

Farmakonisi: Überlebende reichen Klage gegen Griechenland ein

Heute hat ein Anwaltsteam mit Unterstützung durch PRO ASYL Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen Griechenland eingereicht. Drei Frauen und acht Kinder aus Afghanistan starben vor genau einem Jahr als ihr Boot im Schlepptau der griechischen Küstenwache sank. Was geschah am 20. Januar 2014? Wir haben die Fallakten analysiert.

Vor der griechischen Insel Farmakonisi starben in der Nacht zum 20. Januar 2014 drei Frauen und acht Kinder aus Afghanistan. Ein mit 27 Flüchtlingen aus Afghanistan und Syrien besetztes Fischerboot sank im Schlepptau der griechischen Küstenwache.

Die Überlebenden werfen der griechischen Küstenwache vor, sie seien bei stürmischer See mit voller Kraft zurück in Richtung Türkei gezogen worden. Die Küstenwache behauptet, sie hätte das Boot mit langsamer Fahrt in Richtung Farmakonisi geschleppt. Die Flüchtlinge schildern eine Push-Back-Operation (völkerrechtswidrige Zurückschiebung), die griechischen Behörden behaupten, eine Seenotrettungsmaßnahme durchgeführt zu haben.

Die Küstenwachebediensteten geben zudem an, dass dieser tödliche Einsatz im Rahmen der Frontex-Operation Poseidon stattfand. Frontex streitet bis heute jegliche Mitverantwortung bezogen auf den elffachen Tod und die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der Ägäis ab. Nach Recherchen von PRO ASYL sind solche Push-Back Operationen gängige Praxis, um Flüchtlingsboote in die Türkei zurückzudrängen.

Fatale Fehler beim Schleppen, alle Prinzipien der Seenotrettung verletzt

Sowohl die staatanwaltlichen Ermittlungsakten als auch das Gutachten eines unabhängigen Schifffahrtsexperten lassen nur einen Schluss zu: Es fand keine Rettungsoperation statt. Alle internationalen Standards der Seenotrettung wurden missachtet. Schon die Art und Weise wie die Schleppoperation verlief, war nach Einschätzung des Experten ursächlich für die Zerstörung des bereits manövrierunfähigen Flüchtlingsbootes und dessen anschließenden Untergang.

Die Küstenwache hat einfachste Gesetze der Physik missachtet: Mit einem viel zu kurzen Tau – lediglich zehn Meter – wurde das Fischerboot gezogen. In fataler Weise wurde in Kauf genommen, dass der Fischkutter aufgrund hoher Wellenbildung ersäuft und die Schleppkräfte so groß sind, dass das Schiff beschädigt wird und untergeht.

Unstrittig ist, dass das kleine Fischerboot von dem Küstenwachschiff gezogen wurde. Unstrittig ist auch, dass das manövrierunfähige Flüchtlingsboot von zwei Küstenwachbeamten betreten wurde, um ein Tau zu befestigen.

Am Einsatz beteiligte Beamte geben später zu Protokoll, dass das Boot nach der Befestigung des Taus zehn Minuten geschleppt wurde. Nach dem die Verankerung gerissen und das Tau notdürftig neu befestigt worden war, wurde das Flüchtlingsboot noch einmal fünf Minuten gezogen. Das Flüchtlingsschiff ist also mindestens 15 Minuten im Schlepptau der griechischen Küstenwache gewesen – war also unter voller Kontrolle, bevor es sank.

Es gab mannigfaltige Möglichkeiten die Schutzsuchenden zu retten, es wurden jedoch keine Seenotrettungsmaßnahmen eingeleitet. Die Flüchtlinge wurden nicht an Bord des Schiffs der Küstenwache geholt, es wurden noch nicht einmal Rettungswesten ausgeteilt.

Keine Seenotrettungsaktion, sondern Grenzüberwachungseinsatz

Die Behauptung der Küstenwache, es habe sich um eine Seenotrettungsaktion gehandelt, deckt sich nicht mit der Ermittlungsakte. Fakt ist: Die Küstenwache hat erst um 02:13 Uhr, nach dem Untergang des Bootes, die zuständige Einsatzzentrale für Seenotrettung in Piräus informiert. Vorher wurde lediglich die für Grenzüberwachung zuständige Einsatzzentrale kontaktiert. Es fand also auch formal keine Seenotrettungsaktion statt, sondern ein Grenzüberwachungseinsatz. Ein Aspekt, der die Angaben der Überlebenden untermauert, es habe sich um eine Push-Back-Operation gehandelt.

Das Flüchtlingsboot kenterte, nachdem sich um 02:13 Uhr die griechische Küstenwache – nach eigenen Angaben – gezwungen sah, das Tau zu kappen, das ihr Schiff mit dem Flüchtlingsschiff verband. Das Boot wurde mit den Frauen und Kinder unter Deck in die Tiefe gerissen. Eine Mutter und ihr Sohn wurden am darauf folgenden Tag von der türkischen Küstenwache tot geborgen, der Leichnam eines Babys wurde Tage später vor der Insel Samos gefunden. Die übrigen acht toten Körper wurden Wochen später aus dem Rumpf des Schiffes geborgen. 16 Menschen konnten sich auf das Küstenwachschiff retten.

Vertuschungen: Zeitliche Abläufe wurden verändert, alle technischen Systeme außer Funktion

Die zuständige Hafenbehörde von Leros berichtet am frühen Morgen des 20. Januar 2014, dass das Flüchtlingsboot um 01:25 Uhr von der Küstenwache aufgegriffen wurde. In einer korrigierenden Meldung Stunden später am gleichen Tag sprach die Hafenbehörde von einem Aufgriff um 02:00 Uhr – also 35 Minuten später. Diese Differenz von 35 Minuten ist von großer Bedeutung. Ein Aufgriff um 02:00 Uhr und das Sinken des Bootes um 02:13 würden bedeuten, dass in diesen 13 Minuten zwei Beamte an Bord gegangen seien müssten, danach das Boot zweimal gezogen wurde und dann noch die 16 Überlebenden auf das Küstenwachboot hätten gelangen können.

Diese Darstellung des zeitlichen Ablaufes ist bereits aus rein rechnerischen Gründen nicht möglich. Neben den divergierenden Zeitangaben existieren keine technischen Aufzeichnungen vom tödlichen Einsatz: keine GPS- und Radaraufzeichnungen, keine Dokumentation der Telefon- und Funkkommunikation, keine Foto- oder Filmaufnahmen. Nach Angaben der Grenzagentur Frontex wurden auch keine Daten im neuen Grenzüberwachungssystem EUROSUR eingespeist.

Die Überlebenden

Bereits seit dem 24. Januar 2014 unterstützt PRO ASYL die Überlebenden rechtlich und humanitär. Fünf der Überlebenden haben Angehörige in Deutschland und konnten nach monatelangen Verhandlungen am 21. und 22. November 2015 legal nach Hamburg und Berlin reisen. Zehn weiteren Überlebenden wurde das humanitäres Visum, das ihnen ermöglichen würde, sicher zu ihren Verwandten in andere europäische Staaten zu gelangen, verweigert. Sie mussten wie alle anderen Schutzsuchenden in Griechenland auf gefährlichen, irregulären Wegen das Land verlassen.

Der sechzehnte Überlebende der Farmakonisi-Katastrophe, ein junger Flüchtling aus Syrien, sitzt in Untersuchungshaft in Griechenland. In den nächsten Wochen findet sein Prozess statt. Die griechischen Behörden behaupten, er sei Kapitän des Schiffes gewesen und wollen ihn als Schlepper für Jahrzehnte hinter Gitter bringen. Die Überlebenden betonen: Er ist wie wir. Ein Flüchtling. Es gab überhaupt keinen Schlepper an Bord.

Quelle: http://www.proasyl.de
20.01.2015 ■

Antifaschistische Sozialkonferenz 7.2.15 in Hannover

Thema: „Antimuslimischer Rassismus und die Mitte der Gesellschaft"

Am Samstag 7.2.15 findet in Hannover die 18. „Antifaschistische Sozialkonferenz" statt.
Wir wollen unter dem Titel: „Antimuslimischer Rassismus und die Mitte der Gesellschaft" über die Themen

- *Antimuslimischer Rassismus – Eine Maske unter vielen*?
- *Im Schlepptau von Hogesa und Pegida? Zur Ideologie der AfD*

diskutieren.
Zu der Antifaschistischen Sozial Konferenz am 7.2.2015 von 11:00 bis 16:00 Uhr laden wir Euch/Sie in das Kultur- und Kommunikationszentrum „Pavillon" Lister Meile 4, 30167 Hannover herzlich ein.

Veranstaltende sind: Gewerkschaften, VVN/BdA, Geschichtswerkstatt, Gewerkschaftsjugend

Bitte meldet Euch möglichst an - mensch kann aber auch spontan kommen.

Kontakt: hannover@arbeit-undleben-nds.de; per Tel: 0511.12105-0; per Fax: 0511.12105-30; www.arbeit-undleben-nds.de

PROGRAMM
Vorträge und Diskussion

„Antimuslimischer Rassismus – Eine Maske unter vielen?"
Eva Maria Groß
Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung (IKG)
„Im Schlepptau von Hogesa und Pegida? Zur Ideologie der AfD"
Phillip Becher
Universität Siegen

Arbeitsgruppen

„Hooligans gegen Salafisten und Verbindungen zur Partei Die Rechte"
Pavel Brunßen
TRANSPARENT, Magazin für Fankultur
„In der Mitte angekommen? Zur Anschlussfähigkeit der ‚neuen Rassismen'
Eva Maria Groß
Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG)
„Personelle Verflechtungen von AfD und anderen rassistischen Organisationen"
Phillip Becher
Universität Siegen

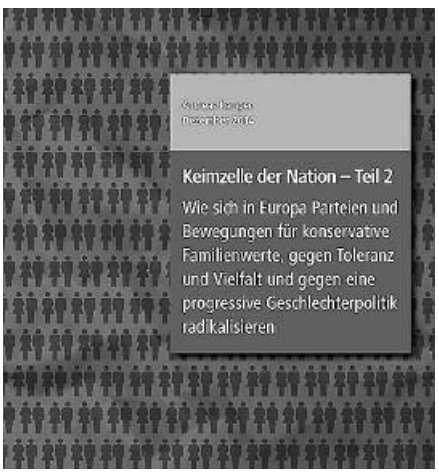
Mitglieder von neofaschistischen Parteien, Organisationen und Zusammenschlüssen, sowie Personen, die uns als TeilnehmerInnen von neofaschistischen Veranstaltungen und Aktionen bekannt sind, erhalten keinen Zutritt!

Friedrich-Ebert-Stiftung: Neue Studie zu den familien- und geschlechterpolitischen Positionen der AfD

Auf ihrem Landesparteitag in Baden-Württemberg hat die AfD kürzlich der Gleichstellung von Frauen und Männern eine klare Absage erteilt. Insbesondere Gender Mainstreaming hält die „Alternative für Deutschland" für eine „widernatürlich Ideologie" und für „objektiv unmöglich" (siehe Focus-Online vom 18.1.2015).

Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hat der Soziologe Andreas Kemper bereits vor der Wahl zum Europäischen Parlament die programmatische Verschiebung der AfD von der „Anti-Euro-Partei" zur „Anti-Gender-Partei" beschrieben (Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD). Nun legt er mit der Studie „Keimzelle der Nation, Teil 2" die Fortsetzung vor.

Andreas Kemper beschreibt die konservativen geschlechter- und familienpolitischen Netzwerke und Bewegungen in der Europäischen Union, die Kontroversen im EU-Parlament, die Aktivitäten der AfD auf EU-Ebene und ihre familien- und geschlechterpolitischen Entwürfe für Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Kemper schildert eine Partei, die als gut vernetzte Kampagnenplattform fungiert und die trotz des reaktionären Dreiklangs aus Law and Order, Fremdenfeindlichkeit und 50-Jahre-Familienbild zweistellige Wahlergebnisse erhält.
Link zur Expertise „Keimzelle der Nation, Teil 2".
http://library.fes.de/inhalt/digital/fes-neuerscheinung.htm



Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Die „Lügenpresse“

Junge Freiheit Nr. 5/15 vom 23. Januar

Die Wahl des Unwortes des Jahres bewegt das Blatt, die Lügen der Presse zu beweisen. Blattautor Thorsten Hinz wählt dafür ein Beispiel aus der FAZ: „Gelogen wird, wenn friedliche Proteste als ‚Aufmarsch‘ bezeichnet und damit Assoziationen zu militanten Formationen bis hin zur SA hergestellt werden. Die Lüge wird verdoppelt, wenn gleichzeitig gewalttätige Autonome zu ‚Aktivisten‘ oder ‚Gegendemonstranten‘ geadelt werden. Die Medien machen sich zum Werkzeug der Lüge, … wenn sie wie auf Kommando die unwahrscheinliche Erkenntnis verbreiten, dass ‚Migranten‘ pauschal die deutschen Sozialkassen auffüllten. Oder wenn sie Euro-Kritiker als ‚Europa-Feinde‘ diffamieren.“ Dass Medien eine Nachricht – der Beitrag der Migration zu den bundesdeutschen Sozialkassen – aufgreifen und berichten, hat nichts mit der Unwahrheit zu tun. Dass wertende Bezeichnungen die Unwahrheit sind, ebenfalls nicht. Dahinter steht eine große Verschwörungsidee: „Die ‚Lügen‘ sind, wie gesagt, keine zufälligen oder individuellen Entgleisungen, sondern organisierte Manipulationen, die sich zu einem politisch-ideologischen Programm fügen, das sich mit den Stichworten: Globalismus, Multikulturalismus, Genderismus und Treue zur Pax Americana, grob umreißen lässt.“ Und wer organisiert angeblich die Manipulation? „Die Medien befinden sich in der Hand weniger großer Konzerne, die untereinander, international und mit Strategie- und Lobbygruppen vernetzt sind.“

AfD – Bangen vor dem Parteitag

Junge Freiheit Nr. 5 und 6/15 vom 23. und 30. Januar

Der Streit um die künftige Vorstandsstruktur und die Richtung, die die Partei einschlagen wird, beobachtet das Blatt sehr genau. Herausgeber Dieter Stein plädiert für ein Bündnis: „Will die AfD nicht in eine strategische Schieflage geraten und das Feld weit öffnen für eine mittelfristig wiedergeboren FDP und dieser Mitglieder und Anhänger des liberalen und Wirtschaftsflügels in die Arme treiben, muss ihr ein programmatischer und personeller Ausgleich gelingen. Lucke hat zuletzt den Dialog von Alexander Gauland und Frauke Petry mit Pegida verteidigt und gleichzeitig nach den Terroranschlägen in Paris besonnene Worte gefunden, Moslems nicht kollektiv für islamistische Exzesse in Haftung zu nehmen. Beim jüngsten Landesparteitag in Baden-Württemberg zeigte sich, dass die Vertreter des lautstarken nationalkonservativen Flügels entgegen Spekulationen zuvor keine Mehrheit hatten und Bernd Kölmel, ein Gefolgsmann Luckes, deutlich im Amt bestätigt wurde.“ Wie das Zusammenwirken der Flügel aussehen könnte, thematisiert der brandenburgische Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland in einem Interview mit dem Blatt: Auf die Frage „Verrät die AfD mit dem neuen Strategiepapier ‚Der Weg zum Parteiprogramm‘ ihr liberales Erbe, wie Kritiker sagen?“ umreißt Gauland die künftige Arbeitsteilung: „Das ist Unsinn. Die AfD hat als eurokritische Partei begonnen, und das ist sie immer noch. Aber es gibt auch andere Themen, um die wir uns kümmern müssen. Zuletzt war die Eurokrise im öffentlichen Bewusstsein zurückgetreten. Das können wir nicht ignorieren. Wir müssen auch zu aktuellen Fragen Stellung nehmen, das erwarten die Bürger, wie Russland, Einwanderung, Islamismus, Pegida. Und es kein Wunder, dass da die Konservativen in der Partei stärker wahrgenommen werden. Es werden aber auch wieder Zeiten kommen, da steht die Eurokrise auf der Tagesordnung. Dann werden statt der Konservativen die Wirtschaftsliberalen stärker in Erscheinung treten.“ Also Koexistenz der beiden Flügel, ohne inhaltliche Abstriche bei nationalistisch rechten Positionen.

Wohin gehört der Islam?

Junge Freiheit Nr. 6/15 vom 30. Januar

Für ein penetrant islamfeindliches Blatt ist die Äußerung von Angela Merkel, dass der Islam zu Deutschland gehöre, empörend. Blattautor Thorsten Hinz will das Gegenteil beweisen: „Ob ein organisierter, von demographischer Dynamik und Zuwanderungsschüben getragener Islam, wenn er eine bestimmte Größe erreicht hat, die Verfassung tatsächlich noch respektieren wird, ist dagegen zweifelhaft … Ihm pauschal seine Zugehörigkeit zu bestätigen, heißt also, die destruktiven Tendenzen zu legitimieren … Es wäre die Aufgabe des säkularen Staates, solchen Bestrebungen unmissverständlich entgegenzutreten. Dazu aber ist die politisch-mediale Klasse außerstande. Ihr Denken, Reden und Handeln bewegt sich in den Bahnen des Politisch-Korrekten, einer Verbindung aus moralischem Rigorismus, historischer Amnesie und Unwissen.“ Und woran liegt es? „Sie konnte sich auch deswegen ausbreiten, weil die ältere Geschichte zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus und damit zur Nicht- beziehungsweise Ungeschichte geworden ist. In dieses Vakuum stößt der Islam. Das ist die geistig-kulturelle Komponente der durch Merkel repräsentierten Neutralisierung. Diese Kombination aus politischer Schwäche und Kulturbarbarei kann für Deutschland und Europa tödlich enden.“ Man ist versucht, dem Autor den West-Östlichen Divan von Goethe als Lektüre zu empfehlen – weit vor dem Nationalsozialismus erschienen.

Uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507